

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen sowie zu der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia am 27. Februar 2001 beschlossenen Änderung des Übereinkommens (Espoo-Vertragsgesetz)

A. Problem und Ziel

Das UN ECE-Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen verpflichtet den für die Zulassung von – näher bestimmten – Projekten zuständigen Staat dazu, eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen und dabei die Behörden und die Öffentlichkeit anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten zu beteiligen, wenn ein solches Projekt voraussichtlich erhebliche, grenzüberschreitende nachteilige Umweltauswirkungen haben wird.

Diese grenzüberschreitende Beteiligung nach dem bereits von nahezu allen EG-Mitgliedstaaten und der Europäischen Gemeinschaft ratifizierten Übereinkommen entspricht den Vorgaben der europäischen UVP-Richtlinie, die durch das Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950) in nationales Recht umgesetzt worden ist. Ebenso finden die Vorgaben des Übereinkommens außerhalb der EG-Mitgliedstaaten bereits auf Grund bilateraler Abkommen Deutschlands mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik vorläufige Anwendung. Das Verfahren der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung trägt dem Umstand Rechnung, dass die möglichen Umweltauswirkungen eines Projektes sich nicht auf ein Staatsgebiet begrenzen lassen und leistet daher einen wertvollen Beitrag zum kooperativen Miteinander der Staaten im Nachbarschaftsverhältnis.

Fristablauf: 01. 02. 02

Druck:

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 40, Telefax: (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0720-2946

Die aktive Teilnahme Deutschlands an diesem internationalen System ist erforderlich, um über die EG hinaus die derzeitige Anwendung des Übereinkommens in Deutschland auch als Vertragspartei zu dokumentieren und die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene sachgerecht wahrnehmen zu können.

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Ratifikation des Übereinkommens bietet es sich an, zugleich die zwei auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz am 27. Februar 2001 in Sofia beschlossenen Änderungen des Übereinkommens zu ratifizieren.

B. Lösung

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen sowie für die Ratifikation der auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen Änderungen des Übereinkommens herbeigeführt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen durch die Ratifikation des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen keine zusätzlichen Kosten.

Die auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen Änderungen des Übereinkommens bewirken keine eigenständigen Kostenfolgen.

2. Vollzugsaufwand

Ein erhöhter Verwaltungsaufwand für Bund, Länder oder Kommunen ist durch die Ratifizierung des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen nicht zu erwarten, da eine entsprechende Beteiligung anderer Staaten bei Umweltverträglichkeitsprüfungen bereits durch das geltende Recht vorgeschrieben ist.

Die auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen Änderungen des Übereinkommens bewirken keine eigenständigen Kostenfolgen.

E. Sonstige Kosten

Durch das Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen sind höhere Kosten und damit Auswirkungen auf das Preisniveau und insbesondere die Verbraucherpreise nicht zu erwarten, da eine entsprechende Beteiligung anderer Staaten bei Umweltverträglichkeitsprüfungen bereits durch das geltende deutsche Recht, durch europarechtliche Vorgaben sowie durch bilaterale Umweltabkommen mit Nachbarstaaten vorgeschrieben sind.

Die auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen Änderungen des Übereinkommens bewirken keine eigenständigen Kostenfolgen.

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991

über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen

sowie zu der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia am 27. Februar 2001

beschlossenen Änderung des Übereinkommens

(Espoo-Vertragsgesetz)

Bundesrepublik Deutschland

Berlin, den 21. Dezember 2001

Der Bundeskanzler

022 (321) – 235 21 – Um 94/01 (NA 3)

An den

Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen sowie zu der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia am 27. Februar 2001 beschlossenen Änderung des Übereinkommens (Espoo-Vertragsgesetz)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Gerhard Schröder

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991
über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen
sowie zu der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia am 27. Februar 2001
beschlossenen Änderung des Übereinkommens
(Espoo-Vertragsgesetz)**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Espoo (Finnland) am 26. Februar 1991 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen und der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia (Bulgarien) am 27. Februar 2001 beschlossenen Änderung des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen wird zugestimmt. Das Übereinkommen und die Änderung werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Die Tage, an denen das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 3 und die Änderung nach Artikel 14 Abs. 4 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Das Übereinkommen der UN ECE (United Nations Economic Commission for Europe) über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im grenzüberschreitenden Rahmen wurde am 25. Februar 1991 in Espoo/Finnland abgeschlossen. Deutschland hat das Übereinkommen am 26. Februar 1991 gezeichnet.

Das Übereinkommen ist am 10. September 1997 in Kraft getreten. Bislang (Stichtag: 1. August 2001) haben 38 Vertragsparteien (37 ECE-Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft) das Übereinkommen ratifiziert. Die Ratifikation durch den einzigen neben Deutschland noch verbleibenden EG-Mitgliedstaat, Irland, wird in Kürze abgeschlossen sein.

Ziel des Übereinkommens ist, dass vor der Zulassung von – näher bestimmten – Projekten, die voraussichtlich erhebliche, grenzüberschreitende nachteilige Umweltauswirkungen haben werden, der für die Zulassung des Projektes zuständige Staat eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführt und dabei Behörden und Öffentlichkeit anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten beteiligt. Damit trägt das Übereinkommen dem Umstand Rechnung, dass die möglichen Umweltauswirkungen eines Projektes sich häufig nicht auf das Staatsgebiet des Ursprungsstaates dieses Projektes beschränken werden, sondern auch andere Staaten berühren können. Die grenzüberschreitende Beteiligung dient daher insbesondere der Transparenz der Entscheidungsprozesse und stärkt zugleich die vertrauensvolle Zusammenarbeit Deutschlands und seiner Nachbarstaaten.

Die verpflichtenden Vorgaben des Übereinkommens entsprechen dem System der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung nach der UVP-Richtlinie 85/337/EWG der EG in der Fassung der UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG. Das deutsche Recht wurde durch das Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950) an diese Vorgaben der Richtlinie angepasst. Über dieses genannte Gesetz hinaus bedarf es keiner Änderung der Rechtslage in Deutschland, um die Anforderungen des Übereinkommens zu erfüllen.

Über den Kreis der EG-Mitgliedstaaten hinaus regeln bestehende bilaterale Umweltabkommen mit der Republik Polen (BGBl. 1998 II S. 282) und der Tschechischen Republik (BGBl. 1998 II S. 2586) unter anderem bereits die vorläufige Anwendbarkeit des Übereinkommens – im größtmöglichen Umfang und in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht – und die Durchführung grenzüberschreitender UVP-Verfahren im gegenseitigen Verhältnis. Damit wird auch der Protokollerklärung aller Zeichnerstaaten bei Abschluss des UN ECE-Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen Rechnung getragen, wonach dem Übereinkommen bereits vor der Ratifikation in größtmöglichem Umfang in der Praxis nachgekommen werden soll. Darüber hinaus werden die Regelungen des Übereinkommens – sowie des Europäischen Gemeinschaftsrechts – in der Vollzugspraxis durch zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten Deutschlands ergänzt bzw. konkretisiert.

Die aktive Teilnahme Deutschlands an dem internationalen System des Übereinkommens ist erforderlich, um über die EG hinaus die derzeitige Anwendung dieses Übereinkommens in Deutschland auch als Vertragspartei zu dokumentieren und die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene sachgerecht wahrnehmen zu können.

Auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz in Sofia wurde am 27. Februar 2001 eine Änderung des Übereinkommens beschlossen (Beschluss II/14). Die erste Änderung passt die Definition der Öffentlichkeit an die entsprechende Bestimmung des am 25. Juni 1998 in Aarhus/Dänemark abgeschlossenen UN ECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten an. Die zweite Änderung ermöglicht den Beitritt von Nicht-ECE-Staaten zu dem Übereinkommen. Es bietet sich an, in Zusammenhang mit der vorgesehenen Ratifikation des Übereinkommens selbst auch bereits die Ratifikation dieser Änderungen vorzunehmen.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da das Übereinkommen, soweit es in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften fällt, sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Übereinkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben. Nach Absatz 2 ist ferner der Zeitpunkt, in dem die am 27. Februar 2001 beschlossene Änderung des Übereinkommens gemäß Artikel 14 Abs. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für den Bund, Länder und Gemeinden werden sich aus der Ratifikation des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen keine unmittelbaren zusätzlichen Kosten ergeben, da solche Umweltverträglichkeitsprüfungen bereits durch das geltende deutsche Recht, durch europarechtliche Vorgaben und durch bilaterale Umweltabkommen mit Nachbarstaaten vorgeschrieben sind.

Soweit die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei des Übereinkommens im Einzelfall Finanzmittel für Tagungen oder Projekte im Rahmen des von der Vertragsstaatenkonferenz jeweils beschlossenen Arbeitsplanes zur Verfügung stellen sollte, erfolgt dies auf freiwilliger Basis im Rahmen der vorhandenen Haushaltsansätze des Bundes.

Nachteilige Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da das Übereinkommen die Wirtschaft nicht mit zusätzlichen Kosten gegenüber dem geltenden Rechtszustand belastet.

Die auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz beschlossene Änderung des Übereinkommens bewirkt keine eigenständigen Kostenfolgen.

Auf die Umwelt wird die Ausführung des Gesetzes auf Grund der bereits bestehenden deutschen und europäischen Rechtslage keine messbaren zusätzlichen positiven Auswirkungen haben.

Übereinkommen
über die Umweltverträglichkeitsprüfung
im grenzüberschreitenden Rahmen

Geschehen zu Espoo (Finnland) am 25. Februar 1991

Convention
on Environmental Impact Assessment
in a Transboundary Context

done at Espoo (Finland), on 25 February 1991

Convention
sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement
dans un contexte transfrontière

en date, à Espoo (Finlande), du 25 février 1991

(Übersetzung)

The Parties to this Convention,

Les Parties à la présente Convention,

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

Aware of the interrelationship between economic activities and their environmental consequences,

Conscientes des incidences réciproques des activités économiques et de leurs conséquences sur l'environnement,

in Anbetracht der Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlichen Tätigkeiten und deren Umweltfolgen,

Affirming the need to ensure environmentally sound and sustainable development,

Affirmant la nécessité d'assurer un développement écologiquement rationnel et durable,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten,

Determined to enhance international cooperation in assessing environmental impact in particular in a transboundary context,

Résolues à intensifier la coopération internationale dans le domaine de l'évaluation de l'impact sur l'environnement, notamment dans un contexte transfrontière,

entschlossen, die internationale Zusammenarbeit bei der Umweltverträglichkeitsprüfung insbesondere im grenzüberschreitenden Rahmen zu fördern,

Mindful of the need and importance to develop anticipatory policies and of preventing, mitigating and monitoring significant adverse environmental impact in general and more specifically in a transboundary context,

Conscientes de la nécessité et de l'importance qu'il y a à élaborer des politiques de caractère anticipatif et à prévenir, atténuer et surveiller tout impact préjudiciable important sur l'environnement en général et, plus particulièrement, dans un contexte transfrontière,

in dem Bewusstsein, dass es notwendig und wichtig ist, Vorsorgemaßnahmen zu treffen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt im Allgemeinen und insbesondere im grenzüberschreitenden Rahmen zu verhüten, zu vermindern und zu überwachen,

Recalling the relevant provisions of the Charter of the United Nations, the Declaration of the Stockholm Conference on the Human Environment, the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) and the Concluding Documents of the Madrid and Vienna Meetings of Representatives of the Participating States of the CSCE,

Rappelant les dispositions pertinentes de la Charte des Nations Unies, la Déclaration de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement (Conférence de Stockholm), l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) et les documents de clôture des Réunions de Madrid et de Vienne des représentants des États ayant participé à la CSCE,

im Hinblick auf die einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, die Erklärung der Stockholmer Konferenz über die Umwelt des Menschen, die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Schlussdokumente der Madrider und Wiener Treffen der Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten,

Commending the ongoing activities of States to ensure that, through their national legal and administrative provisions and their national policies, environmental impact assessment is carried out,

Notant avec satisfaction les mesures que les États sont en train de prendre pour que l'évaluation de l'impact sur l'environnement soit pratiquée en application de leurs lois et règlements administratifs et de leur politique nationale,

in lobender Anerkennung der laufenden Tätigkeiten der Staaten, die darauf gerichtet sind, durch innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften und innerstaatliche Maßnahmen die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung sicherzustellen,

Conscious of the need to give explicit consideration to environmental factors at an early stage in the decision-making process by applying environmental impact assessment, at all appropriate administrative levels, as a necessary tool to improve the quality of information presented to decision makers so that environmentally sound decisions can be made paying careful attention to minimizing significant adverse impact, particularly in a transboundary context,

Mindful of the efforts of international organizations to promote the use of environmental impact assessment both at the national and international levels, and taking into account work on environmental impact assessment carried out under the auspices of the United Nations Economic Commission for Europe, in particular results achieved by the Seminar on Environmental Impact Assessment (September 1987, Warsaw, Poland) as well as noting the Goals and Principles on environmental impact assessment adopted by the Governing Council of the United Nations Environment Programme, and the Ministerial Declaration on Sustainable Development (May 1990, Bergen, Norway),

Conscientes de la nécessité de prendre expressément en considération les facteurs environnementaux au début du processus décisionnel en recourant à l'évaluation de l'impact sur l'environnement, à tous les échelons administratifs voulus, en tant qu'outil nécessaire pour améliorer la qualité des renseignements fournis aux responsables et leur permettre ainsi de prendre des décisions rationnelles du point de vue de l'environnement en s'attachant à limiter autant que possible l'impact préjudiciable important des activités, notamment dans un contexte transfrontière,

Ayant présents à l'esprit les efforts déployés par les organisations internationales pour promouvoir la pratique de l'évaluation de l'impact sur l'environnement aux niveaux tant national qu'international, tenant compte des travaux effectués sur le sujet sous les auspices de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe, notamment des résultats du Séminaire sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement [septembre 1987, Varsovie (Pologne)] et prenant acte des Buts et Principes de l'évaluation de l'impact sur l'environnement adoptés par le Conseil d'administration du Programme des Nations Unies pour l'environnement, et de la Déclaration ministérielle sur le développement durable [mai 1990, Bergen (Norvège)],

im Bewusstsein der Notwendigkeit, Umweltfaktoren im Entscheidungsfindungsprozess frühzeitig und ausdrücklich zu berücksichtigen, indem die Umweltverträglichkeitsprüfung auf allen geeigneten Verwaltungsebenen als ein notwendiges Instrument genutzt wird, um die Qualität der den Entscheidungsträgern vorgelegten Informationen zu verbessern, damit umweltverträgliche Entscheidungen getroffen werden können, bei denen sorgfältig darauf geachtet wird, dass erhebliche nachteilige Auswirkungen, insbesondere im grenzüberschreitenden Rahmen, auf ein Mindestmaß beschränkt werden,

eingedenk der Bemühungen internationaler Organisationen, die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu fördern, und unter Berücksichtigung der unter Leitung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) geleisteten Arbeit in Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung, insbesondere der auf dem Seminar über Umweltverträglichkeitsprüfung (September 1987, Warschau, Polen) erzielten Ergebnisse, sowie unter Hinweis auf die vom Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) beschlossenen Ziele und Grundsätze für die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Ministererklärung über nachhaltige Entwicklung (Mai 1990, Bergen, Norwegen) –

Have agreed as follows:

Sont convenues de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Convention,

- (i) "Parties" means, unless the text otherwise indicates, the Contracting Parties to this Convention;
- (ii) "Party of origin" means the Contracting Party or Parties to this Convention under whose jurisdiction a proposed activity is envisaged to take place;
- (iii) "Affected Party" means the Contracting Party or Parties to this Convention likely to be affected by the transboundary impact of a proposed activity;
- (iv) "Concerned Parties" means the Party of origin and the affected Party of an environmental impact assessment pursuant to this Convention;
- (v) "Proposed activity" means any activity or any major change to an activity subject to a decision of a competent authority in accordance with an applicable national procedure;
- (vi) "Environmental impact assessment" means a national procedure for evalu-

Article premier

Définitions

Aux fins de la présente Convention,

- i) Le terme «Parties» désigne, sauf indication contraire, les Parties contractantes à la présente Convention;
- ii) L'expression «Partie d'origine» désigne la (ou les) Partie(s) contractante(s) à la présente Convention sous la juridiction de laquelle (ou desquelles) une activité proposée devrait être menée;
- iii) L'expression «Partie touchée» désigne la (ou les) Partie(s) contractante(s) à la présente Convention sur laquelle (ou sur lesquelles) l'activité proposée est susceptible d'avoir un impact transfrontière;
- iv) L'expression «Parties concernées» désigne la Partie d'origine et la Partie touchée qui procèdent à une évaluation de l'impact sur l'environnement en application à la présente Convention;
- v) L'expression «activité proposée» désigne toute activité ou tout projet visant à modifier sensiblement une activité, dont l'exécution doit faire l'objet d'une décision d'une autorité compétente suivant toute procédure nationale applicable;
- vi) L'expression «évaluation de l'impact sur l'environnement» désigne une pro-

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

- i) bedeutet „Vertragsparteien“, soweit sich aus dem Wortlaut nichts anderes ergibt, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens;
- ii) bedeutet „Ursprungspartei“ die Vertragspartei oder die Vertragsparteien dieses Übereinkommens, in deren Hoheitsbereich eine geplante Tätigkeit durchgeführt werden soll;
- iii) bedeutet „betroffene Vertragspartei“ die Vertragspartei oder die Vertragsparteien dieses Übereinkommens, die voraussichtlich von den grenzüberschreitenden Auswirkungen einer geplanten Tätigkeit betroffen ist oder sind;
- iv) bedeutet „beteiligte Vertragsparteien“ die Ursprungspartei und die betroffene Vertragspartei, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach diesem Übereinkommen vornehmen;
- v) bedeutet „geplante Tätigkeit“ jede Tätigkeit oder jede größere Änderung einer Tätigkeit, über die von einer zuständigen Behörde nach einem anwendbaren innerstaatlichen Verfahren entschieden werden muss;
- vi) bedeutet „Umweltverträglichkeitsprüfung“ ein innerstaatliches Verfahren

ating the likely impact of a proposed activity on the environment;

(vii) "Impact" means any effect caused by a proposed activity on the environment including human health and safety, flora, fauna, soil, air, water, climate, landscape and historical monuments or other physical structures or the interaction among these factors; it also includes effects on cultural heritage or socio-economic conditions resulting from alterations to those factors;

(viii) "Transboundary impact" means any impact, not exclusively of a global nature, within an area under the jurisdiction of a Party caused by a proposed activity the physical origin of which is situated wholly or in part within the area under the jurisdiction of another Party;

(ix) "Competent authority" means the national authority or authorities designated by a Party as responsible for performing the tasks covered by this Convention and/or the authority or authorities entrusted by a Party with decision-making powers regarding a proposed activity;

(x) "The Public" means one or more natural or legal persons.

cédure nationale ayant pour objet d'évaluer l'impact probable d'une activité proposée sur l'environnement;

vii) Le terme «impact» désigne tout effet d'une activité proposée sur l'environnement, notamment sur la santé et la sécurité, la flore, la faune, le sol, l'air, l'eau, le climat, le paysage et les monuments historiques ou autres constructions, ou l'interaction entre ces facteurs; il désigne également les effets sur le patrimoine culturel ou les conditions socio-économiques qui résultent de modifications de ces facteurs;

viii) L'expression «impact transfrontière» désigne tout impact, et non pas exclusivement un impact de caractère mondial, qu'aurait dans les limites d'une zone relevant de la juridiction d'une Partie une activité proposée dont l'origine physique se situerait en tout ou partie dans la zone relevant de la juridiction d'une autre Partie;

ix) L'expression «autorité compétente» désigne l'autorité (ou les autorités) nationale(s) désignée(s) par une Partie pour accomplir les tâches visées dans la présente Convention et/ou l'autorité (ou les autorités) habilitée(s) par une Partie à exercer des pouvoirs décisionnels concernant une activité proposée;

x) Le terme «public» désigne une ou plusieurs personnes physiques ou morales.

zur Beurteilung der voraussichtlichen Auswirkungen einer geplanten Tätigkeit auf die Umwelt;

vii) bedeutet „Auswirkungen“ jede Auswirkung einer geplanten Tätigkeit auf die Umwelt, insbesondere auf die Gesundheit und Sicherheit des Menschen, auf die Pflanzen- und Tierwelt, auf Boden, Luft, Wasser, Klima, Landschaft und geschichtliche Denkmäler oder andere natürliche Bauwerke oder eine Wechselwirkung zwischen mehreren dieser Faktoren; hierzu zählen außerdem Auswirkungen auf das kulturelle Erbe oder auf sozio-ökonomische Bedingungen infolge von Veränderungen dieser Faktoren;

viii) bedeutet „grenzüberschreitende Auswirkungen“ jede Auswirkung – nicht nur globaler Art – innerhalb eines Gebiets unter der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei infolge einer geplanten Tätigkeit, deren natürlicher Ursprung sich ganz oder teilweise in einem Gebiet unter der Hoheitsgewalt einer anderen Vertragspartei befindet;

ix) bedeutet „zuständige Behörde“ die von einer Vertragspartei für die Wahrnehmung der von diesem Übereinkommen erfassten Aufgaben als zuständig bestimmte(n) nationale(n) Behörde(n) und/oder die von einer Vertragspartei mit Entscheidungsbefugnissen in Bezug auf eine geplante Tätigkeit ausgestattete(n) Behörde(n);

x) bedeutet „Öffentlichkeit“ eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen.

Article 2

General provisions

1. The Parties shall, either individually or jointly, take all appropriate and effective measures to prevent, reduce and control significant adverse transboundary environmental impact from proposed activities.

2. Each Party shall take the necessary legal, administrative or other measures to implement the provisions of this Convention, including, with respect to proposed activities listed in Appendix I that are likely to cause significant adverse transboundary impact, the establishment of an environmental impact assessment procedure that permits public participation and preparation of the environmental impact assessment documentation described in Appendix II.

3. The Party of origin shall ensure that in accordance with the provisions of this Convention an environmental impact assessment is undertaken prior to a decision to authorize or undertake a proposed activity listed in Appendix I that is likely to cause a significant adverse transboundary impact.

Article 2

Dispositions générales

1. Les Parties prennent, individuellement ou conjointement, toutes mesures appropriées et efficaces pour prévenir, réduire et combattre l'impact transfrontière préjudiciable important que des activités proposées pourraient avoir sur l'environnement.

2. Chaque Partie prend les mesures juridiques, administratives ou autres, nécessaires pour mettre en œuvre les dispositions de la présente Convention, y compris, en ce qui concerne les activités proposées inscrites sur la liste figurant à l'Appendice I qui sont susceptibles d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important, l'établissement d'une procédure d'évaluation de l'impact sur l'environnement permettant la participation du public et la constitution du dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement décrit dans l'Appendice II.

3. La Partie d'origine veille à ce que, conformément aux dispositions de la présente Convention, il soit procédé à une évaluation de l'impact sur l'environnement avant que ne soit prise la décision d'autoriser ou d'entreprendre une activité proposée inscrite sur la liste figurant à l'Appendice I, qui est susceptible d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important.

Artikel 2

Allgemeine Bestimmungen

(1) Die Vertragsparteien ergreifen einzeln oder gemeinsam alle geeigneten und wirksamen Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen der geplanten Tätigkeiten auf die Umwelt.

(2) Jede Vertragspartei ergreift die erforderlichen rechtlichen, verwaltungsmäßigen oder sonstigen Maßnahmen zur Durchführung dieses Übereinkommens; dazu gehört bei den in Anhang I aufgeführten geplanten Tätigkeiten, die voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen haben, die Schaffung eines Verfahrens zur Umweltverträglichkeitsprüfung, das eine Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Ausarbeitung der in Anhang II beschriebenen Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung zulässt.

(3) Die Ursprungspartei stellt sicher, dass vor einer Entscheidung über die Genehmigung oder Durchführung einer in Anhang I aufgeführten geplanten Tätigkeit, die voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen hat, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe dieses Übereinkommens durchgeführt wird.

4. The Party of origin shall, consistent with the provisions of this Convention, ensure that affected Parties are notified of a proposed activity listed in Appendix I that is likely to cause a significant adverse transboundary impact.

5. Concerned Parties shall, at the initiative of any such Party, enter into discussions on whether one or more proposed activities not listed in Appendix I is or are likely to cause a significant adverse transboundary impact and thus should be treated as if it or they were so listed. Where those Parties so agree, the activity or activities shall be thus treated. General guidance for identifying criteria to determine significant adverse impact is set forth in Appendix III.

6. The Party of origin shall provide, in accordance with the provisions of this Convention, an opportunity to the public in the areas likely to be affected to participate in relevant environmental impact assessment procedures regarding proposed activities and shall ensure that the opportunity provided to the public of the affected Party is equivalent to that provided to the public of the Party of origin.

7. Environmental impact assessments as required by this Convention shall, as a minimum requirement, be undertaken at the project level of the proposed activity. To the extent appropriate, the Parties shall endeavour to apply the principles of environmental impact assessment to policies, plans and programmes.

8. The provisions of this Convention shall not affect the right of Parties to implement national laws, regulations, administrative provisions or accepted legal practices protecting information the supply of which would be prejudicial to industrial and commercial secrecy or national security.

9. The provisions of this Convention shall not affect the right of particular Parties to implement, by bilateral or multilateral agreement where appropriate, more stringent measures than those of this Convention.

10. The provisions of this Convention shall not prejudice any obligations of the Parties under international law with regard to activities having or likely to have a transboundary impact.

Article 3

Notification

1. For a proposed activity listed in Appendix I that is likely to cause a significant adverse transboundary impact, the Party of origin shall, for the purposes of

4. La Partie d'origine veille, conformément aux dispositions de la présente Convention, à ce que toute activité proposée inscrite sur la liste figurant à l'Appendice I, qui est susceptible d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important, soit notifiée aux Parties touchées.

5. Les Parties concernées engagent, à l'initiative de l'une quelconque d'entre elles, des discussions sur le point de savoir si une ou plusieurs activités proposées qui ne sont pas inscrites sur la liste figurant à l'Appendice I sont susceptibles d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important et doivent donc être traitées comme si elles étaient inscrites sur cette liste. Si ces Parties s'accordent à reconnaître qu'il en est bien ainsi, l'activité ou les activités en question sont traitées de la sorte. L'Appendice III contient des directives générales concernant les critères applicables pour déterminer si une activité proposée est susceptible d'avoir un impact préjudiciable important.

6. Conformément aux dispositions de la présente Convention, la Partie d'origine offre au public des zones susceptibles d'être touchées la possibilité de participer aux procédures pertinentes d'évaluation de l'impact sur l'environnement des activités proposées, et veille à ce que la possibilité offerte au public de la Partie touchée soit équivalente à celle qui est offerte à son propre public.

7. Les évaluations de l'impact sur l'environnement prescrites par la présente Convention sont effectuées, au moins au stade du projet de l'activité proposée. Dans la mesure voulue, les Parties s'efforcent d'appliquer les principes de l'évaluation de l'impact sur l'environnement aux politiques, plans et programmes.

8. Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte au droit des Parties d'appliquer, à l'échelon national, les lois, règlements, dispositions administratives ou pratiques juridiques acceptées visant à protéger les renseignements dont la divulgation serait préjudiciable au secret industriel et commercial ou à la sécurité nationale.

9. Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte au droit de chaque Partie d'appliquer, en vertu d'un accord bilatéral ou multilatéral, s'il y a lieu, des mesures plus strictes que celles prévues dans la présente Convention.

10. Les dispositions de la présente Convention sont sans préjudice des obligations qui peuvent incomber aux Parties en vertu du droit international pour ce qui est des activités qui ont ou sont susceptibles d'avoir un impact transfrontière.

Article 3

Notification

1. Si une activité proposée inscrite sur la liste figurant à l'Appendice I est susceptible d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important, la Partie d'origine, en vue

(4) Die Ursprungspartei stellt im Einklang mit diesem Übereinkommen sicher, dass betroffene Vertragsparteien von einer in Anhang I aufgeführten geplanten Tätigkeit, die voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen hat, benachrichtigt werden.

(5) Die beteiligten Vertragsparteien nehmen auf Betreiben einer von ihnen Gespräche darüber auf, ob eine oder mehrere nicht in Anhang I aufgeführte geplante Tätigkeiten voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen haben und daher so behandelt werden sollen, als seien sie dort aufgeführt. Kommen die Vertragsparteien dahingehend überein, so wird die Tätigkeit beziehungsweise werden die Tätigkeiten entsprechend behandelt. Anhang III enthält allgemeine Richtlinien zur Festlegung von Kriterien, anhand deren festgestellt werden kann, ob eine geplante Tätigkeit erhebliche nachteilige Auswirkungen hat.

(6) Die Ursprungspartei gibt der Öffentlichkeit nach Maßgabe dieses Übereinkommens in den voraussichtlich betroffenen Gebieten Gelegenheit, sich an den einschlägigen Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung in Bezug auf geplante Tätigkeiten zu beteiligen; sie stellt sicher, dass die der Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei gegebene Gelegenheit der ihrer eigenen Öffentlichkeit entspricht.

(7) Die nach diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfungen werden zumindest in der Planungsphase der geplanten Tätigkeit vorgenommen. Die Vertragsparteien bemühen sich, die Grundsätze der Umweltverträglichkeitsprüfung in geeignetem Umfang auf Politiken, Pläne und Programme anzuwenden.

(8) Dieses Übereinkommen lässt das Recht der Vertragsparteien unberührt, innerstaatliche Gesetze, sonstige Vorschriften, Verwaltungsbestimmungen oder die anerkannte Rechtspraxis zum Schutz von Informationen anzuwenden, deren Weitergabe der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen oder der nationalen Sicherheit schaden würde.

(9) Dieses Übereinkommen lässt das Recht einzelner Vertragsparteien unberührt, gegebenenfalls aufgrund einer zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkunft strengere als die in dem Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen.

(10) Dieses Übereinkommen lässt völkerrechtliche Verpflichtungen der Vertragsparteien in Bezug auf Tätigkeiten unberührt, die grenzüberschreitende Auswirkungen haben oder voraussichtlich haben werden.

Artikel 3

Benachrichtigung

(1) Bei einer in Anhang I aufgeführten geplanten Tätigkeit, die voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen hat, benachrichtigt

ensuring adequate and effective consultations under Article 5, notify any Party which it considers may be an affected Party as early as possible and no later than when informing its own public about that proposed activity.

2. This notification shall contain, *inter alia*:

- (a) Information on the proposed activity, including any available information on its possible transboundary impact;
- (b) The nature of the possible decision; and
- (c) An indication of a reasonable time within which a response under paragraph 3 of this Article is required, taking into account the nature of the proposed activity;

and may include the information set out in paragraph 5 of this Article.

3. The affected Party shall respond to the Party of origin within the time specified in the notification, acknowledging receipt of the notification, and shall indicate whether it intends to participate in the environmental impact assessment procedure.

4. If the affected Party indicates that it does not intend to participate in the environmental impact assessment procedure, or if it does not respond within the time specified in the notification, the provisions in paragraphs 5, 6, 7 and 8 of this Article and in Articles 4 to 7 will not apply. In such circumstances the right of a Party of origin to determine whether to carry out an environmental impact assessment on the basis of its national law and practice is not prejudiced.

5. Upon receipt of a response from the affected Party indicating its desire to participate in the environmental impact assessment procedure, the Party of origin shall, if it has not already done so, provide to the affected Party:

- (a) Relevant information regarding the environmental impact assessment procedure, including an indication of the time schedule for transmittal of comments; and
- (b) Relevant information on the proposed activity and its possible significant adverse transboundary impact.

6. An affected Party shall, at the request of the Party of origin, provide the latter with reasonably obtainable information relating to the potentially affected environment under the jurisdiction of the affected Party, where such information is necessary for the preparation of the environmental impact assessment documentation. The informa-

de procéder à des consultations suffisantes et efficaces comme le prévoit l'Article 5, en donne notification à toute Partie pouvant, selon elle, être touchée, dès que possible et au plus tard lorsqu'elle informe son propre public de cette activité.

2. La notification contient, notamment:

- a) Des renseignements sur l'activité proposée, y compris tout renseignement disponible sur son éventuel impact transfrontière;
- b) Des renseignements sur la nature de la décision qui pourra être prise;
- c) L'indication d'un délai raisonnable pour la communication d'une réponse au titre du paragraphe 3 du présent Article, compte tenu de la nature de l'activité proposée.

Peuvent y être incluses les informations mentionnées au paragraphe 5 du présent Article.

3. La Partie touchée répond à la Partie d'origine dans le délai spécifié dans la notification pour accuser réception de celle-ci et indique si elle a l'intention de participer à la procédure d'évaluation de l'impact sur l'environnement.

4. Si la Partie touchée fait savoir qu'elle n'a pas l'intention de participer à la procédure d'évaluation de l'impact sur l'environnement, ou si elle ne répond pas dans le délai spécifié dans la notification, les dispositions des paragraphes 5, 6, 7 et 8 du présent Article et celles des Articles 4 à 7 ne s'appliquent pas. En tels cas, il n'est pas porté préjudice au droit de la Partie d'origine de déterminer si elle doit procéder à une évaluation de l'impact sur l'environnement sur la base de sa législation et de sa pratique nationales.

5. Au reçu d'une réponse de la Partie touchée indiquant son désir de participer à la procédure d'évaluation de l'impact sur l'environnement, la Partie d'origine communique à la Partie touchée, si elle ne l'a pas encore fait:

- a) Les informations pertinentes relatives à la procédure d'évaluation de l'impact sur l'environnement avec un échéancier pour la communication d'observations;
- b) Les informations pertinentes sur l'activité proposée et sur l'impact transfrontière préjudiciable important qu'elle pourrait avoir.

6. La Partie touchée communique à la Partie d'origine, à la demande de celle-ci, toutes informations pouvant être raisonnablement obtenues au sujet de l'environnement relevant de sa juridiction qui est susceptible d'être touché, si ces informations sont nécessaires pour constituer le dossier d'évaluation de l'impact sur l'environ-

die Ursprungspartei zur Aufnahme sachgemäßer und wirksamer Konsultationen nach Artikel 5 jede Vertragspartei, die nach ihrer Auffassung betroffen sein könnte, so bald wie möglich, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre eigene Öffentlichkeit von der betreffenden Tätigkeit unterrichtet.

(2) Die Benachrichtigung enthält insbesondere

- a) Informationen über die geplante Tätigkeit, einschließlich aller zur Verfügung stehenden Informationen über ihre möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen;
- b) Informationen über die Art der möglichen Entscheidung und
- c) die Angabe einer angemessenen Frist, innerhalb deren eine Antwort nach Absatz 3 erforderlich ist, wobei die Art der geplanten Tätigkeit berücksichtigt wird;

sie kann die in Absatz 5 genannten Informationen enthalten.

(3) Die betroffene Vertragspartei antwortet der Ursprungspartei innerhalb der in der Benachrichtigung angegebenen Frist, wobei sie den Eingang der Benachrichtigung bestätigt, und sie gibt an, ob sie sich an dem Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen beabsichtigt.

(4) Gibt die betroffene Vertragspartei zu erkennen, dass sie nicht beabsichtigt, sich an dem Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen, oder antwortet sie nicht innerhalb der in der Benachrichtigung angegebenen Frist, so finden die Absätze 5, 6, 7 und 8 sowie die Artikel 4 bis 7 keine Anwendung. In diesen Fällen bleibt das Recht der Ursprungspartei zur Entscheidung darüber, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung auf der Grundlage ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Praxis vorgenommen wird, unberührt.

(5) Nach Eingang der Antwort der betroffenen Vertragspartei, worin diese ihren Wunsch nach Beteiligung an dem Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung mitteilt, stellt die Ursprungspartei, soweit dies noch nicht geschehen ist, der betroffenen Vertragspartei Folgendes zur Verfügung:

- a) sachdienliche Informationen über das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung mit Angaben zum Zeitplan für die Übermittlung von Stellungnahmen;
- b) sachdienliche Informationen über die geplante Tätigkeit und deren möglicherweise erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen.

(6) Die betroffene Vertragspartei stellt der Ursprungspartei auf Ersuchen die in angemessener Weise erhältlichen Informationen über die möglicherweise betroffene Umwelt unter ihrer Hoheitsgewalt zur Verfügung, wenn diese Informationen für die Ausarbeitung der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig

tion shall be furnished promptly and, as appropriate, through a joint body where one exists.

7. When a Party considers that it would be affected by a significant adverse transboundary impact of a proposed activity listed in Appendix I, and when no notification has taken place in accordance with paragraph 1 of this Article, the concerned Parties shall, at the request of the affected Party, exchange sufficient information for the purposes of holding discussions on whether there is likely to be a significant adverse transboundary impact. If those Parties agree that there is likely to be a significant adverse transboundary impact, the provisions of this Convention shall apply accordingly. If those Parties cannot agree whether there is likely to be a significant adverse transboundary impact, any such Party may submit that question to an inquiry commission in accordance with the provisions of Appendix IV to advise on the likelihood of significant adverse transboundary impact, unless they agree on another method of settling this question.

8. The concerned Parties shall ensure that the public of the affected Party in the areas likely to be affected be informed of, and be provided with possibilities for making comments or objections on, the proposed activity, and for the transmittal of these comments or objections to the competent authority of the Party of origin, either directly to this authority or, where appropriate, through the Party of origin.

Article 4

Preparation of the environmental impact assessment documentation

1. The environmental impact assessment documentation to be submitted to the competent authority of the Party of origin shall contain, as a minimum, the information described in Appendix II.

2. The Party of origin shall furnish the affected Party, as appropriate through a joint body where one exists, with the environmental impact assessment documentation. The concerned Parties shall arrange for distribution of the documentation to the authorities and the public of the affected Party in the areas likely to be affected and for the submission of comments to the competent authority of the Party of origin, either directly to this authority or, where appropriate, through the Party of origin within a reasonable time before the final decision is taken on the proposed activity.

nement. Les informations sont communiquées promptement et, selon qu'il convient, par l'intermédiaire d'un organe commun s'il en existe un.

7. Lorsqu'une Partie estime qu'une activité proposée inscrite sur la liste figurant à l'Appendice I aurait sur elle un impact transfrontière préjudiciable important et lorsque notification n'en a pas été donnée en application des dispositions du paragraphe 1 du présent Article, les Parties concernées échangent, à la demande de la Partie touchée, des informations suffisantes aux fins d'engager des discussions sur le point de savoir si un impact transfrontière préjudiciable important est probable. Si ces Parties s'accordent à reconnaître qu'un impact transfrontière préjudiciable important est probable, les dispositions de la présente Convention s'appliquent. Si ces Parties ne peuvent se mettre d'accord sur le point de savoir si un impact transfrontière préjudiciable important est probable, elles peuvent, l'une ou l'autre, soumettre la question à une commission d'enquête conformément aux dispositions de l'Appendice IV pour que celle-ci émette un avis sur la probabilité d'un impact transfrontière préjudiciable important, à moins qu'elles ne conviennent de recourir à une autre méthode pour régler cette question.

8. Les Parties concernées veillent à ce que le public de la Partie touchée, dans les zones susceptibles d'être touchées, soit informé de l'activité proposée et ait la possibilité de formuler des observations ou des objections à son sujet et à ce que ces observations ou objections soient transmises à l'autorité compétente de la Partie d'origine, soit directement, soit, s'il y a lieu, par l'intermédiaire de la Partie d'origine.

Article 4

Constitution du dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement

1. Le dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement à soumettre à l'autorité compétente de la Partie d'origine contient, au moins, les renseignements visés à l'Appendice II.

2. La Partie d'origine communique à la Partie touchée, par l'intermédiaire, selon qu'il convient, d'un organe commun s'il en existe un, le dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement. Les Parties concernées prennent des dispositions pour que le dossier soit distribué aux autorités et au public de la Partie touchée dans les zones susceptibles d'être touchées et pour que les observations formulées soient transmises à l'autorité compétente de la Partie d'origine, soit directement, soit, s'il y a lieu, par l'intermédiaire de la Partie d'origine, dans un délai raisonnable avant qu'une décision définitive soit prise au sujet de l'activité proposée.

sind. Die Informationen werden umgehend und gegebenenfalls über ein gemeinsames Gremium übermittelt, falls ein solches vorhanden ist.

(7) Ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass sie von erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Auswirkungen einer in Anhang I aufgeführten geplanten Tätigkeit betroffen sein könnte, und ist eine Benachrichtigung nach Absatz 1 nicht erfolgt, so tauschen die beteiligten Vertragsparteien auf Ersuchen der betroffenen Vertragspartei ausreichende Informationen aus, um die Frage der Wahrscheinlichkeit erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen zu erörtern. Stellen diese Vertragsparteien übereinstimmend fest, dass erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen wahrscheinlich sind, so finden die Bestimmungen dieses Übereinkommens entsprechend Anwendung. Können sich diese Vertragsparteien nicht darüber einigen, ob erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen wahrscheinlich sind, so kann jede von ihnen die Frage einer Untersuchungskommission nach Anhang IV vorlegen, die über die Wahrscheinlichkeit erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen ein Gutachten erstellt, sofern sich die Vertragsparteien nicht auf eine andere Art der Regelung dieser Frage einigen.

(8) Die beteiligten Vertragsparteien stellen sicher, dass die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei in den voraussichtlich betroffenen Gebieten über die geplante Tätigkeit unterrichtet wird und die Möglichkeit erhält, Stellungnahmen oder Widersprüche dazu abzugeben; ferner sorgen sie für die Übermittlung dieser Stellungnahmen oder Widersprüche entweder unmittelbar oder gegebenenfalls über die Ursprungspartei an die zuständige Behörde der Ursprungspartei.

Artikel 4

Ausarbeitung der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung

(1) Die der zuständigen Behörde der Ursprungspartei vorzulegende Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung enthält mindestens die in Anhang II aufgeführten Informationen.

(2) Die Ursprungspartei stellt der betroffenen Vertragspartei – gegebenenfalls über ein gemeinsames Gremium, falls ein solches vorhanden ist – die Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung zur Verfügung. Die beteiligten Vertragsparteien veranlassen die Verteilung der Dokumentation an die Behörden und die Öffentlichkeit der betroffenen Vertragspartei in den voraussichtlich betroffenen Gebieten sowie die Übermittlung von Stellungnahmen entweder unmittelbar an die zuständige Behörde der Ursprungspartei oder gegebenenfalls über die Ursprungspartei innerhalb einer angemessenen Frist, bevor die endgültige Entscheidung über die geplante Tätigkeit getroffen wird.

Article 5**Consultations
on the basis of the environmental
impact assessment documentation**

The Party of origin shall, after completion of the environmental impact assessment documentation, without undue delay enter into consultations with the affected Party concerning, *inter alia*, the potential transboundary impact of the proposed activity and measures to reduce or eliminate its impact. Consultations may relate to:

- (a) Possible alternatives to the proposed activity, including the no-action alternative and possible measures to mitigate significant adverse transboundary impact and to monitor the effects of such measures at the expense of the Party of origin;
- (b) Other forms of possible mutual assistance in reducing any significant adverse transboundary impact of the proposed activity; and
- (c) Any other appropriate matters relating to the proposed activity.

The Parties shall agree, at the commencement of such consultations, on a reasonable time-frame for the duration of the consultation period. Any such consultations may be conducted through an appropriate joint body, where one exists.

Article 6**Final decision**

1. The Parties shall ensure that, in the final decision on the proposed activity, due account is taken of the outcome of the environmental impact assessment, including the environmental impact assessment documentation, as well as the comments thereon received pursuant to Article 3, paragraph 8 and Article 4, paragraph 2, and the outcome of the consultations as referred to in Article 5.

2. The Party of origin shall provide to the affected Party the final decision on the proposed activity along with the reasons and considerations on which it was based.

3. If additional information on the significant transboundary impact of a proposed activity, which was not available at the time a decision was made with respect to that activity and which could have materially affected the decision, becomes available to a concerned Party before work on that activity commences, that Party shall immediately inform the other concerned Party or Parties. If one of the concerned Parties so requests, consultations shall be held as to whether the decision needs to be revised.

Article 5**Consultations sur
la base du dossier d'évaluation
de l'impact sur l'environnement**

Après constitution du dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement, la Partie d'origine engage, sans délai excessif, des consultations avec la Partie touchée au sujet, notamment, de l'impact transfrontière que l'activité proposée pourrait avoir et des mesures propres à permettre de réduire cet impact ou de l'éliminer. Les consultations peuvent porter:

- a) Sur les solutions de remplacement possibles, y compris l'option «zéro» ainsi que sur les mesures qui pourraient être prises pour atténuer tout impact transfrontière préjudiciable important et sur la procédure qui pourrait être suivie pour surveiller les effets de ces mesures aux frais de la Partie d'origine;
- b) Sur d'autres formes d'assistance mutuelle envisageables pour réduire tout impact transfrontière préjudiciable important de l'activité proposée;
- c) Sur toute autre question pertinente relative à l'activité proposée.

Les Parties conviennent, au début des consultations, d'un délai raisonnable pour la durée de la période de consultations. Ces consultations peuvent être menées par l'intermédiaire d'un organe commun approprié, s'il en existe un.

Article 6**Décision définitive**

1. Les Parties veillent à ce qu'au moment de prendre une décision définitive au sujet de l'activité proposée, les résultats de l'évaluation de l'impact sur l'environnement, y compris le dossier correspondant, ainsi que les observations reçues à son sujet en application du paragraphe 8 de l'Article 3 et du paragraphe 2 de l'Article 4 et l'issue des consultations visées à l'Article 5, soient dûment pris en considération.

2. La Partie d'origine communique à la Partie touchée la décision définitive prise au sujet de l'activité proposée ainsi que les motifs et considérations sur lesquels elle repose.

3. Si des informations complémentaires sur l'impact transfrontière important d'une activité proposée, qui n'étaient pas disponibles au moment où une décision a été prise au sujet de cette activité et qui auraient pu influencer sensiblement sur cette décision, viennent à la connaissance d'une Partie concernée avant que les travaux prévus au titre de cette activité ne débutent, la Partie en question en informe immédiatement l'autre (ou les autres) Partie(s) concernée(s). Si l'une des Parties concernées le demande, des consultations ont lieu pour déterminer si la décision doit être réexaminée.

Artikel 5**Konsultationen auf der
Grundlage der Dokumentation
zur Umweltverträglichkeitsprüfung**

Nach Fertigstellung der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung nimmt die Ursprungspartei unverzüglich Konsultationen mit der betroffenen Vertragspartei auf, insbesondere über die möglichen grenzüberschreitenden Auswirkungen der geplanten Tätigkeit und über Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung solcher Auswirkungen. Die Konsultationen können Folgendes zum Gegenstand haben:

- a) mögliche Alternativen zu der geplanten Tätigkeit, einschließlich der Möglichkeit, die Tätigkeit zu unterlassen, sowie mögliche Maßnahmen zur Verminderung erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen und zur Überwachung der Auswirkungen solcher Maßnahmen auf Kosten der Ursprungspartei;
- b) andere Formen einer möglichen gegenseitigen Hilfeleistung zur Verringerung erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen der geplanten Tätigkeit und
- c) sonstige sachdienliche Fragen im Zusammenhang mit der geplanten Tätigkeit.

Die Vertragsparteien einigen sich zu Beginn der Konsultationen auf einen angemessenen zeitlichen Rahmen hinsichtlich der Dauer der Konsultationen. Diese Konsultationen können über ein geeignetes gemeinsames Gremium abgehalten werden, falls ein solches vorhanden ist.

Artikel 6**Endgültige Entscheidung**

(1) Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass bei der endgültigen Entscheidung über die geplante Tätigkeit das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die nach Artikel 3 Absatz 8 und Artikel 4 Absatz 2 dazu eingegangenen Stellungnahmen und das Ergebnis der in Artikel 5 genannten Konsultationen gebührend berücksichtigt werden.

(2) Die Ursprungspartei übermittelt der betroffenen Vertragspartei die endgültige Entscheidung über die geplante Tätigkeit sowie die Begründungen und Überlegungen, die zu der Entscheidung führten.

(3) Erhält eine beteiligte Vertragspartei, bevor die Arbeit an einer geplanten Tätigkeit aufgenommen wird, zusätzliche Informationen über die erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkungen einer geplanten Tätigkeit, die zu dem Zeitpunkt, zu dem über die betreffende Tätigkeit entschieden wurde, noch nicht verfügbar waren und die für die Entscheidung hätten ausschlaggebend sein können, so unterrichtet diese Vertragspartei sofort die anderen beteiligten Vertragsparteien. Auf Ersuchen einer der beteiligten Vertragsparteien finden Konsultationen über die Frage statt, ob die Entscheidung revidiert werden muss.

Article 7
Post-project analysis

1. The concerned Parties, at the request of any such Party, shall determine whether, and if so to what extent, a post-project analysis shall be carried out, taking into account the likely significant adverse transboundary impact of the activity for which an environmental impact assessment has been undertaken pursuant to this Convention. Any post-project analysis undertaken shall include, in particular, the surveillance of the activity and the determination of any adverse transboundary impact. Such surveillance and determination may be undertaken with a view to achieving the objectives listed in Appendix V.

2. When, as a result of post-project analysis, the Party of origin or the affected Party has reasonable grounds for concluding that there is a significant adverse transboundary impact or factors have been discovered which may result in such an impact, it shall immediately inform the other Party. The concerned Parties shall then consult on necessary measures to reduce or eliminate the impact.

Article 8
**Bilateral and
multilateral cooperation**

The Parties may continue existing or enter into new bilateral or multilateral agreements or other arrangements in order to implement their obligations under this Convention. Such agreements or other arrangements may be based on the elements listed in Appendix VI.

Article 9
Research programmes

The Parties shall give special consideration to the setting up, or intensification of, specific research programmes aimed at:

- (a) Improving existing qualitative and quantitative methods for assessing the impacts of proposed activities;
- (b) Achieving a better understanding of cause-effect relationships and their role in integrated environmental management;
- (c) Analysing and monitoring the efficient implementation of decisions on proposed activities with the intention of minimizing or preventing impacts;

Article 7
Analyse à postériori

1. Les Parties concernées déterminent, à la demande de l'une quelconque d'entre elles, si une analyse à postériori doit être effectuée et, dans l'affirmative, quelle doit en être l'ampleur, compte tenu de l'impact transfrontière préjudiciable important que l'activité qui a fait l'objet d'une évaluation de l'impact sur l'environnement conformément à la présente Convention est susceptible d'avoir. Toute analyse à postériori comporte en particulier la surveillance de l'activité et la détermination de tout impact transfrontière préjudiciable. Ces tâches peuvent être entreprises dans le but d'atteindre les objectifs énumérés à l'Appendice V.

2. Lorsque, à l'issue de l'analyse à postériori, la Partie d'origine ou la Partie touchée est fondée à penser que l'activité proposée a un impact transfrontière préjudiciable important ou lorsque, à l'issue de cette analyse, des facteurs ont été découverts, qui pourraient aboutir à un tel impact, elle en informe immédiatement l'autre Partie. Les Parties concernées engagent alors des consultations au sujet des mesures à prendre pour réduire cet impact ou l'éliminer.

Article 8
**Coopération
bilatérale et multilatérale**

Les Parties peuvent continuer d'appliquer les accords bilatéraux ou multilatéraux ou les autres arrangements en vigueur, ou en conclure de nouveaux pour s'acquitter des obligations qui leur incombent en vertu de la présente Convention. Ces accords ou autres arrangements peuvent reprendre les dispositions fondamentales énumérées à l'Appendice VI.

Article 9
Programmes de Recherche

Les Parties envisagent tout spécialement la mise sur pied ou l'intensification de programmes de recherche spécifiques visant:

- a) À améliorer les méthodes qualitatives et quantitatives utilisées pour évaluer les impacts des activités proposées;
- b) À permettre de mieux comprendre les relations de cause à effet et leur rôle dans la gestion intégrée de l'environnement;
- c) À analyser et à surveiller la bonne application des décisions prises au sujet des activités proposées dans le but d'en atténuer ou d'en prévenir l'impact;

Artikel 7
**Analyse nach
Durchführung des Vorhabens**

(1) Die beteiligten Vertragsparteien legen auf Ersuchen einer von ihnen fest, ob und wenn ja in welchem Umfang eine Analyse nach Durchführung des Vorhabens vorgenommen wird, wobei die voraussichtlich erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Auswirkungen der Tätigkeit, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe dieses Übereinkommens durchgeführt wurde, berücksichtigt werden. Jede nach Durchführung des Vorhabens vorgenommene Analyse umfasst insbesondere die Überwachung der Tätigkeit und die Feststellung etwaiger nachteiliger grenzüberschreitender Auswirkungen. Die Überwachung und die Feststellung können im Hinblick auf die Verwirklichung der in Anhang V aufgeführten Ziele durchgeführt werden.

(2) Hat die Ursprungspartei oder die betroffene Vertragspartei auf Grund der Analyse nach Durchführung des Vorhabens triftige Gründe zu der Annahme, dass erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen vorliegen, oder sind Faktoren zutage getreten, die zu solchen Auswirkungen führen können, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei sofort mit. Die beteiligten Vertragsparteien konsultieren einander daraufhin über notwendige Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung der Auswirkungen.

Artikel 8
**Zweiseitige und
mehrsseitige Zusammenarbeit**

Die Vertragsparteien können bestehende zweiseitige oder mehrseitige Übereinkünfte oder sonstige Vereinbarungen fortsetzen oder neue schließen, um ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu erfüllen. Diese Übereinkünfte oder sonstigen Vereinbarungen können sich auf die in Anhang VI aufgeführten Grundlagen stützen.

Artikel 9
Forschungsprogramme

Die Vertragsparteien prüfen besonders die Einführung oder Intensivierung bestimmter Forschungsprogramme mit dem Ziel,

- a) vorhandene qualitative und quantitative Methoden zur Prüfung der Auswirkungen geplanter Tätigkeiten zu verbessern;
- b) zu einem besseren Verständnis der Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung und deren Rolle in einem integrierten Umweltmanagement zu gelangen;
- c) die wirksame Durchführung der Entscheidungen über geplante Tätigkeiten zu untersuchen und zu überwachen in der Absicht, Auswirkungen auf ein Mindestmaß zu beschränken oder zu verhüten;

- (d) Developing methods to stimulate creative approaches in the search for environmentally sound alternatives to proposed activities, production and consumption patterns;
- (e) Developing methodologies for the application of the principles of environmental impact assessment at the macro-economic level.

The results of the programmes listed above shall be exchanged by the Parties.

- d) À mettre au point des méthodes qui stimulent la créativité dans la recherche de solutions de remplacement et de modes de production et de consommation écologiquement rationnels;
- e) À mettre au point des méthodes propres à permettre d'appliquer les principes de l'évaluation de l'impact sur l'environnement au niveau macro-économique.

Les résultats des programmes énumérés ci-dessus font l'objet d'un échange entre les Parties.

- d) Methoden zu entwickeln, die zu kreativen Lösungsansätzen bei der Suche nach umweltverträglichen Alternativen zu geplanten Tätigkeiten Produktions- und Verbrauchsstrukturen anregen;
- e) Methoden für die Umsetzung der Grundsätze der Umweltverträglichkeitsprüfung auf makroökonomischer Ebene zu entwickeln.

Die Ergebnisse der vorstehend aufgeführten Programme werden zwischen den Vertragsparteien ausgetauscht.

Article 10

Status of the Appendices

The Appendices attached to this Convention form an integral part of the Convention.

Article 10

Statut des appendices

Les Appendices joints à la présente Convention font partie intégrante de la Convention.

Artikel 10

Status der Anhänge

Die diesem Übereinkommen beigefügten Anhänge sind Bestandteil des Übereinkommens.

Article 11

Meeting of Parties

1. The Parties shall meet, so far as possible, in connection with the annual sessions of the Senior Advisers to ECE Governments on Environmental and Water Problems. The first meeting of the Parties shall be convened not later than one year after the date of the entry into force of this Convention. Thereafter, meetings of the Parties shall be held at such other times as may be deemed necessary by a meeting of the Parties, or at the written request of any Party, provided that, within six months of the request being communicated to them by the secretariat, it is supported by at least one third of the Parties.

2. The Parties shall keep under continuous review the implementation of this Convention, and, with this purpose in mind, shall:

- (a) Review the policies and methodological approaches to environmental impact assessment by the Parties with a view to further improving environmental impact assessment procedures in a transboundary context;
- (b) Exchange information regarding experience gained in concluding and implementing bilateral and multilateral agreements or other arrangements regarding the use of environmental impact assessment in a transboundary context to which one or more of the Parties are party;
- (c) Seek, where appropriate, the services of competent international bodies and scientific committees in methodological and technical aspects pertinent to the achievement of the purposes of this Convention;
- (d) At their first meeting, consider and by consensus adopt rules of procedure for their meetings;

Article 11

Réunion des Parties

1. Les Parties se réunissent, autant que possible, à l'occasion des sessions annuelles des Conseillers des gouvernements des pays de la CEE pour les problèmes de l'environnement et de l'eau. La première réunion des Parties est convoquée un an au plus tard après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Par la suite, les Parties se réunissent à tout autre moment si, à l'une de leurs réunions, elles le jugent nécessaire, ou si l'une d'entre elles en fait la demande par écrit, sous réserve que cette demande soit appuyée par un tiers au moins des Parties dans les six mois suivant sa communication aux dites Parties par le secrétariat.

2. Les Parties suivent en permanence l'application de la présente Convention et, en ayant cet objectif présent à l'esprit:

- a) Examinent leurs politiques et leurs démarches méthodologiques dans le domaine de l'évaluation de l'impact sur l'environnement en vue d'améliorer encore les procédures d'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière;
- b) Se font part des enseignements qu'elles tirent de la conclusion et de l'application d'accords bilatéraux et multilatéraux ou d'autres arrangements touchant l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière, auxquels une ou plusieurs d'entre elles sont parties;
- c) Sollicitent, s'il y a lieu, les services de comités scientifiques et d'organismes internationaux compétents au sujet des questions méthodologiques et techniques intéressant la réalisation des objectifs de la présente Convention;
- d) À leur première réunion, étudient et adoptent par consensus le règlement intérieur de leurs réunions;

Artikel 11

Tagung der Vertragsparteien

(1) Die Vertragsparteien treffen soweit möglich anlässlich der Jahrestagungen der Regierungsberater für Umwelt- und Wasserfragen der ECE-Regierungen zusammen. Die erste Tagung der Vertragsparteien wird spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens einberufen. Danach finden die Tagungen der Vertragsparteien zu den auf einer Tagung der Vertragsparteien als notwendig erachteten Zeiten oder auf schriftliches Ersuchen einer Vertragspartei statt, sofern das Ersuchen innerhalb von sechs Monaten, nachdem es vom Sekretariat an die Vertragsparteien übermittelt wurde, von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt wird.

(2) Die Vertragsparteien überprüfen laufend die Durchführung dieses Übereinkommens; zu diesem Zweck

- a) überprüfen sie ihre Leitlinien und methodischen Konzepte für die Umweltverträglichkeitsprüfung im Hinblick auf eine weitere Verbesserung der Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen;
- b) tauschen sie Informationen über ihre Erfahrungen bei dem Abschluss und der Durchführung zweiseitiger und mehrseitiger Übereinkünfte oder sonstiger Vereinbarungen über die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen aus, deren Vertragsparteien einzelne oder mehrere von ihnen sind;
- c) erbitten sie gegebenenfalls die Dienste fachkundiger internationaler Gremien und wissenschaftlicher Ausschüsse in methodischen und fachlichen Fragen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Zwecke dieses Übereinkommens;
- d) beraten sie auf ihrer ersten Tagung eine Geschäftsordnung für ihre Tagungen und beschließen sie durch Konsens;

- (e) Consider and, where necessary, adopt proposals for amendments to this Convention;
- (f) Consider and undertake any additional action that may be required for the achievement of the purposes of this Convention.

Article 12**Right to vote**

1. Each Party to this Convention shall have one vote.
2. Except as provided for in paragraph 1 of this Article, regional economic integration organizations, in matters within their competence, shall exercise their right to vote with a number of votes equal to the number of their member States which are Parties to this Convention. Such organizations shall not exercise their right to vote if their member States exercise theirs, and vice versa.

Article 13**Secretariat**

The Executive Secretary of the Economic Commission for Europe shall carry out the following secretariat functions:

- (a) The convening and preparing of meetings of the Parties;
- (b) The transmission of reports and other information received in accordance with the provisions of this Convention to the Parties; and
- (c) The performance of other functions as may be provided for in this Convention or as may be determined by the Parties.

Article 14**Amendments to the Convention**

1. Any Party may propose amendments to this Convention.
2. Proposed amendments shall be submitted in writing to the secretariat, which shall communicate them to all Parties. The proposed amendments shall be discussed at the next meeting of the Parties, provided these proposals have been circulated by the secretariat to the Parties at least ninety days in advance.
3. The Parties shall make every effort to reach agreement on any proposed amendment to this Convention by consensus. If all efforts at consensus have been exhausted, and no agreement reached, the amendment shall as a last resort be adopted by a three-fourths majority vote of the Parties present and voting at the meeting.
4. Amendments to this Convention adopted in accordance with paragraph 3 of this Article shall be submitted by the Depositary to all Parties for ratification, approval or acceptance. They shall enter

- e) Examiner et, s'il y a lieu, adoptent des propositions d'amendement à la présente Convention;
- f) Envisagent et entreprennent toute autre action qui peut se révéler nécessaire aux fins de la présente Convention.

Article 12**Droit de vote**

1. Les Parties à la présente Convention ont chacune une voix.
2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent Article, les organisations d'intégration économique régionale, dans les domaines relevant de leur compétence, disposent, pour exercer leur droit de vote, d'un nombre de voix égal au nombre de leurs États membres qui sont Parties à la présente Convention. Ces organisations n'exercent pas leur droit de vote si leurs États membres exercent le leur, et inversement.

Article 13**Secrétariat**

Le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe exerce les fonctions de secrétariat suivantes:

- a) Il convoque et prépare les réunions des Parties;
- b) Il transmet aux Parties les rapports et autres renseignements reçus en application des dispositions de la présente Convention; et
- c) Il s'acquitte des autres fonctions qui peuvent être prévues dans la présente Convention ou que les Parties peuvent lui assigner.

Article 14**Amendements à la Convention**

1. Toute Partie peut proposer des amendements à la présente Convention.
2. Les propositions d'amendement sont soumises par écrit au secrétariat qui les communique à toutes les Parties. Elles sont examinées par les Parties à leur réunion suivante, à condition que le secrétariat les ait distribuées aux Parties au moins quatre-vingt-dix jours à l'avance.
3. Les Parties n'épargnent aucun effort pour parvenir à un accord par consensus au sujet de tout amendement qu'il est proposé d'apporter à la présente Convention. Si tous les efforts en ce sens sont demeurés vains et si aucun accord ne s'est dégagé, l'amendement est adopté en dernier ressort par un vote à la majorité des trois quarts des Parties présentes et votantes.
4. Les amendements à la présente Convention adoptés conformément au paragraphe 3 du présent Article sont soumis par le Dépositaire à toutes les Parties aux fins de ratification, d'approbation ou

- e) prüfen sie Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens und nehmen sie notwendigenfalls an;
- f) prüfen und treffen sie zusätzliche Maßnahmen, die sich zur Erfüllung des Zwecks dieses Übereinkommens als notwendig erweisen könnten.

Artikel 12**Stimmrecht**

- (1) Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens hat eine Stimme.
- (2) Soweit in Absatz 1 nichts anderes vorgesehen ist, üben die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, welche Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

Artikel 13**Sekretariat**

Der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa erfüllt folgende Sekretariatsaufgaben:

- a) Er beruft die Tagungen der Vertragsparteien ein und bereitet sie vor;
- b) er übermittelt den Vertragsparteien Berichte und sonstige Informationen, die er aufgrund dieses Übereinkommens erhalten hat, und
- c) er nimmt sonstige in diesem Übereinkommen vorgesehene oder ihm von den Vertragsparteien zugewiesene Aufgaben wahr.

Artikel 14**Änderungen des Übereinkommens**

- (1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen.
- (2) Änderungsvorschläge werden dem Sekretariat schriftlich vorgelegt; dieses übermittelt sie allen Vertragsparteien. Die Änderungsvorschläge werden auf der nächsten Tagung der Vertragsparteien erörtert, sofern die Vorschläge spätestens neunzig Tage vorher vom Sekretariat den Vertragsparteien übermittelt worden sind.
- (3) Die Vertragsparteien bemühen sich nach Kräften, über jeden Vorschlag zur Änderung dieses Übereinkommens eine Einigung durch Konsens zu erreichen. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wurde eine Einigung nicht erzielt, so wird die Änderung notfalls mit Dreiviertelmehrheit der auf der Tagung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen.
- (4) Nach Absatz 3 beschlossene Änderungen dieses Übereinkommens werden vom Verwahrer allen Vertragsparteien zur Ratifikation, Genehmigung oder Annahme vorgelegt. Sie treten für die Vertragspar-

into force for Parties having ratified, approved or accepted them on the ninetieth day after the receipt by the Depositary of notification of their ratification, approval or acceptance by at least three-fourths of these Parties. Thereafter they shall enter into force for any other Party on the ninetieth day after that Party deposits its instrument of ratification, approval or acceptance of the amendments.

5. For the purpose of this Article, "Parties present and voting" means Parties present and casting an affirmative or negative vote.

6. The voting procedure set forth in paragraph 3 of this Article is not intended to constitute a precedent for future agreements negotiated within the Economic Commission for Europe.

Article 15

Settlement of disputes

1. If a dispute arises between two or more Parties about the interpretation or application of this Convention, they shall seek a solution by negotiation or by any other method of dispute settlement acceptable to the parties to the dispute.

2. When signing, ratifying, accepting, approving or acceding to this Convention, or at any time thereafter, a Party may declare in writing to the Depositary that for a dispute not resolved in accordance with paragraph 1 of this Article, it accepts one or both of the following means of dispute settlement as compulsory in relation to any Party accepting the same obligation:

- (a) Submission of the dispute to the International Court of Justice;
- (b) Arbitration in accordance with the procedure set out in Appendix VII.

3. If the parties to the dispute have accepted both means of dispute settlement referred to in paragraph 2 of this Article, the dispute may be submitted only to the International Court of Justice, unless the parties agree otherwise.

Article 16

Signature

This Convention shall be open for signature at Espoo (Finland) from 25 February to 1 March 1991 and thereafter at United Nations Headquarters in New York until 2 September 1991 by States members of the Economic Commission for Europe as well as States having consultative status with the Economic Commission for Europe pursuant to paragraph 8 of the Economic and Social Council resolution 36 (IV) of

d'acceptation. Ils entrent en vigueur à l'égard des Parties qui les ont ratifiés, approuvés ou acceptés le quatre-vingt-dixième jour suivant la réception par le Dépositaire de la notification de leur ratification, approbation ou acceptation par les trois quarts au moins de ces Parties. Par la suite, ils entrent en vigueur à l'égard de toute autre Partie le quatre-vingt-dixième jour suivant le dépôt par cette Partie de son instrument de ratification, d'approbation ou d'acceptation des amendements.

5. Aux fins du présent Article, l'expression «Parties présentes et votantes» désigne les Parties présentes à la réunion qui ont émis un vote affirmatif ou négatif.

6. La procédure de vote décrite au paragraphe 3 du présent Article n'est pas censée constituer un précédent pour les accords qui seront négociés à l'avenir dans le cadre de la Commission économique pour l'Europe.

Article 15

Règlement des différends

1. Si un différend s'élève entre deux ou plusieurs Parties quant à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, ces Parties recherchent une solution par voie de négociation ou par toute autre méthode de règlement des différends qu'elles jugent acceptable.

2. Lorsqu'elle signe, ratifie, accepte, approuve la présente Convention ou y adhère, ou à n'importe quel moment par la suite, une Partie peut signifier par écrit au Dépositaire que, pour les différends qui n'ont pas été réglés conformément au paragraphe 1 du présent Article, elle accepte de considérer comme obligatoires l'un des deux ou les deux moyens de règlement ci-après dans ses relations avec toute Partie acceptant la même obligation:

- a) Soumission du différend à la Cour internationale de Justice;
- b) Arbitrage, conformément à la procédure définie à l'Appendice VII.

3. Si les parties au différend ont accepté les deux moyens de règlement des différends visés au paragraphe 2 du présent Article, le différend ne peut être soumis qu'à la Cour internationale de Justice, à moins que les parties n'en conviennent autrement.

Article 16

Signature

La présente Convention est ouverte à la signature des États membres de la Commission économique pour l'Europe ainsi que des États dotés du statut consultatif auprès de la Commission économique pour l'Europe en vertu du paragraphe 8 de la résolution 36 (IV) du Conseil économique et social du 28 mars 1947 et des organisations d'intégration économique régionale constituées par des États souverains mem-

teien, die sie ratifiziert, genehmigt oder angenommen haben, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem der Verwahrer die Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahme-Notifikation von mindestens drei Viertel der Vertragsparteien erhalten hat. Danach treten sie für jede andere Vertragspartei am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem sie ihre Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahmeerkunde hinterlegt hat.

(5) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „anwesende und abstimmende Vertragsparteien“ die Vertragsparteien, die anwesend sind und eine Ja- oder eine Nein-Stimme abgeben.

(6) Das in Absatz 3 beschriebene Abstimmungsverfahren soll nicht als Präzedenzfall für innerhalb der Wirtschaftskommission für Europa ausgehandelte künftige Übereinkünfte dienen.

Artikel 15

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Entsteht eine Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so bemühen sich diese, durch Verhandlung oder eine andere den Streitparteien annehmbare Methode der Streitbeilegung eine Lösung herbeizuführen.

(2) Bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung dieses Übereinkommens beziehungsweise beim Beitritt zu ihm oder jederzeit danach kann eine Vertragspartei dem Verwahrer schriftlich erklären, dass sie für eine nicht nach Absatz 1 beigelegte Streitigkeit eines der folgenden Mittel der Streitbeilegung oder beide gegenüber jeder anderen Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, als obligatorisch anerkennt:

- a) die Vorlage der Streitigkeit beim Internationalen Gerichtshof;
- b) ein Schiedsverfahren nach dem in Anhang VII festgelegten Verfahren.

(3) Haben die Streitparteien beide in Absatz 2 genannten Mittel der Streitbeilegung anerkannt, so darf die Streitigkeit nur dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

Artikel 16

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt vom 25. Februar bis zum 1. März 1991 in Espoo (Finnland) und danach bis zum 2. September 1991 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für die Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa, für Staaten, die nach Nummer 8 der Entschließung 36 (IV) des Wirtschafts- und Sozialrats vom 28. März 1947 bei der Wirtschaftskommission für Europa beratenden

28 March 1947, and by regional economic integration organizations constituted by sovereign States members of the Economic Commission for Europe to which their member States have transferred competence in respect of matters governed by this Convention, including the competence to enter into treaties in respect of these matters:

Article 17

Ratification, acceptance, approval and accession

1. This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by signatory States and regional economic integration organizations.

2. This Convention shall be open for accession as from 3 September 1991 by the States and organizations referred to in Article 16.

3. The instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall perform the functions of Depositary.

4. Any organization referred to in Article 16 which becomes a Party to this Convention without any of its member States being a Party shall be bound by all the obligations under this Convention. In the case of such organizations, one or more of whose member States is a Party to this Convention, the organization and its member States shall decide on their respective responsibilities for the performance of their obligations under this Convention. In such cases, the organization and the member States shall not be entitled to exercise rights under this Convention concurrently.

5. In their instruments of ratification, acceptance, approval or accession, the regional economic integration organizations referred to in Article 16 shall declare the extent of their competence with respect to the matters governed by this Convention. These organizations shall also inform the Depositary of any relevant modification to the extent of their competence.

Article 18

Entry into force

1. This Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For the purposes of paragraph 1 of this Article, any instrument deposited by a regional economic integration organization shall not be counted as additional to those deposited by States members of such an organization.

bres de la Commission économique pour l'Europe, qui leur ont transféré compétence pour des matières dont traite la présente Convention, y compris la compétence pour conclure des traités sur ces matières, à Espoo (Finlande) du 25 février au 1er mars 1991, puis au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York jusqu'au 2 septembre 1991.

Article 17

Ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. La présente Convention est soumise à la ratification, l'acceptation ou l'approbation des États et des organisations d'intégration économique régionale signataires.

2. La présente Convention est ouverte à l'adhésion des États et organisations visés à l'Article 16 à partir du 3 septembre 1991.

3. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui exerce les fonctions de Dépositaire.

4. Toute organisation visée à l'Article 16 qui devient Partie à la présente Convention sans qu'aucun de ses États membres n'en soit Partie est liée par toutes les obligations qui découlent de la présente Convention. Lorsqu'un ou plusieurs États membres d'une telle organisation sont Parties à la présente Convention, cette organisation et ses États membres conviennent de leurs responsabilités respectives dans l'exécution des obligations contractées en vertu de la présente Convention. En pareil cas, l'organisation et les États membres ne sont pas habilités à exercer concurremment les droits découlant de la présente Convention.

5. Dans leurs instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, les organisations d'intégration économique régionale visées à l'Article 16 indiquent l'étendue de leur compétence à l'égard des matières dont traite la présente Convention. En outre ces organisations informent le Dépositaire de toute modification pertinente de l'étendue de leur compétence.

Article 18

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date du dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Aux fins du paragraphe 1 du présent Article, l'instrument déposé par une organisation d'intégration économique régionale ne s'ajoute pas à ceux déposés par les États membres de cette organisation.

Status haben, und für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die aus souveränen Staaten, welche Mitglieder der Wirtschaftskommission für Europa sind, gebildet werden und denen ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für die von dem Übereinkommen erfassten Angelegenheiten, einschließlich der Zuständigkeit, über diese Angelegenheiten Verträge zu schließen, übertragen haben, zur Unterzeichnung auf.

Artikel 17

Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten und die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration.

(2) Dieses Übereinkommen steht vom 3. September 1991 an für die in Artikel 16 genannten Staaten und Organisationen zum Beitritt offen.

(3) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der die Aufgaben des Verwahrers wahrnimmt.

(4) Jede in Artikel 16 genannte Organisation, die Vertragspartei dieses Übereinkommens wird, ohne dass einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei ist, ist durch alle Verpflichtungen aus dem Übereinkommen gebunden. Ist ein Mitgliedstaat oder sind mehrere Mitgliedstaaten einer solchen Organisation Vertragspartei des Übereinkommens, so entscheiden die Organisation und ihre Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen. In diesen Fällen sind die Organisation und die Mitgliedstaaten nicht berechtigt, die Rechte aus dem Übereinkommen gleichzeitig auszuüben.

(5) In ihren Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden geben die in Artikel 16 genannten Organisationen den Umfang ihrer Zuständigkeit für die von diesem Übereinkommen erfassten Angelegenheiten an. Diese Organisationen teilen dem Verwahrer auch jede wesentliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der Organisation hinterlegten Urkunden.

3. For each State or organization referred to in Article 16 which ratifies, accepts or approves this Convention or accedes thereto after the deposit of the sixteenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, this Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit by such State or organization of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 19

Withdrawal

At any time after four years from the date on which this Convention has come into force with respect to a Party, that Party may withdraw from this Convention by giving written notification to the Depositary. Any such withdrawal shall take effect on the ninetieth day after the date of its receipt by the Depositary. Any such withdrawal shall not affect the application of Articles 3 to 6 of this Convention to a proposed activity in respect of which a notification has been made pursuant to Article 3, paragraph 1, or a request has been made pursuant to Article 3, paragraph 7, before such withdrawal took effect.

Article 20

Authentic texts

The original of this Convention, of which the English, French and Russian texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

Done at Espoo (Finland), this twenty-fifth day of February one thousand nine hundred and ninety-one.

3. À l'égard de chaque État ou organisation visé à l'Article 16 qui ratifie, accepte ou approuve la présente Convention ou y adhère après le dépôt du seizième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la présente Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour suivant la date du dépôt par cet État ou cette organisation de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 19

Dénonciation

À tout moment après l'expiration d'un délai de quatre ans commençant à courir à la date à laquelle la présente Convention entre en vigueur à l'égard d'une Partie, cette Partie peut dénoncer la présente Convention par notification écrite adressée au Dépositaire. La dénonciation prend effet le quatre-vingt-dixième jour suivant la date de sa réception par le Dépositaire. Cette dénonciation n'a aucune incidence sur l'application des Articles 3 à 6 de la présente Convention aux activités proposées ayant fait l'objet d'une notification en application du paragraphe 1 de l'Article 3 ou d'une demande en application du paragraphe 7 de l'Article 3 avant que la dénonciation ait pris effet.

Article 20

Textes authentiques

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, français et russe sont également authentiques, est déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment autorisés, ont signé la présente Convention.

Fait à Espoo (Finlande), le vingt-cinq février mille neuf cent quatre-vingt onze.

(3) Für alle in Artikel 16 bezeichneten Staaten oder Organisationen, die nach Hinterlegung der sechzehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch den Staat oder die Organisation in Kraft.

Artikel 19

Rücktritt

Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von vier Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird am neunzigsten Tag nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam. Ein solcher Rücktritt berührt nicht die Anwendung der Artikel 3 bis 6 auf eine geplante Tätigkeit, bezüglich deren eine Benachrichtigung nach Artikel 3 Absatz 1 erfolgte oder ein Ersuchen nach Artikel 3 Absatz 7 gestellt wurde, bevor der Rücktritt wirksam wurde.

Artikel 20

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Espoo (Finnland) am 25. Februar 1991.

Appendices

Appendix I

List of activities

1. Crude oil refineries (excluding undertakings manufacturing only lubricants from crude oil) and installations for the gasification and liquefaction of 500 tonnes or more of coal or bituminous shale per day.
2. Thermal power stations and other combustion installations with a heat output of 300 megawatts or more and nuclear power stations and other nuclear reactors (except research installations for the production and conversion of fissionable and fertile materials, whose maximum power does not exceed 1 kilowatt continuous thermal load).
3. Installations solely designed for the production or enrichment of nuclear fuels, for the reprocessing of irradiated nuclear fuels or for the storage, disposal and processing of radioactive waste.
4. Major installations for the initial smelting of cast-iron and steel and for the production of non-ferrous metals.
5. Installations for the extraction of asbestos and for the processing and transformation of asbestos and products containing asbestos: for asbestos-cement products, with an annual production of more than 20,000 tonnes finished product; for friction material, with an annual production of more than 50 tonnes finished product; and for other asbestos utilization of more than 200 tonnes per year.
6. Integrated chemical installations.
7. Construction of motorways, express roads*) and lines for long-distance railway traffic and of airports with a basic runway length of 2,100 metres or more.
8. Large-diameter oil and gas pipelines.
9. Trading ports and also inland waterways and ports for inland-waterway traffic which permit the passage of vessels of over 1,350 tonnes.
10. Waste-disposal installations for the incineration, chemical treatment or landfill of toxic and dangerous wastes.
11. Large dams and reservoirs.
12. Groundwater abstraction activities in cases where the annual volume of water to be abstracted amounts to 10 million cubic metres or more.
13. Pulp and paper manufacturing of 200 air-dried metric tonnes or more per day.
14. Major mining, on-site extraction and processing of metal ores or coal.
15. Offshore hydrocarbon production.
16. Major storage facilities for petroleum, petrochemical and chemical products.
17. Deforestation of large areas.

*) For the purposes of this Convention:

- "Motorway" means a road specially designed and built for motor traffic, which does not serve properties bordering on it, and which:
 - (a) Is provided, except at special points or temporarily, with separate carriageways for the two directions of traffic, separated from each other by a dividing strip not intended for traffic or, exceptionally, by other means;
 - (b) Does not cross at level with any road, railway or tramway track, or footpath; and
 - (c) Is specially sign-posted as a motorway.
- "Express road" means a road reserved for motor traffic accessible only from interchanges or controlled junctions and on which, in particular, stopping and parking are prohibited on the running carriageway(s).

Appendix II

Content of the environmental impact assessment documentation

Information to be included in the environmental impact assessment documentation shall, as a minimum, contain, in accordance with Article 4:

- (a) A description of the proposed activity and its purpose;
- (b) A description, where appropriate, of reasonable alternatives (for example, locational or technological) to the proposed activity and also the no-action alternative;
- (c) A description of the environment likely to be significantly affected by the proposed activity and its alternatives;
- (d) A description of the potential environmental impact of the proposed activity and its alternatives and an estimation of its significance;
- (e) A description of mitigation measures to keep adverse environmental impact to a minimum;
- (f) An explicit indication of predictive methods and underlying assumptions as well as the relevant environmental data used;
- (g) An identification of gaps in knowledge and uncertainties encountered in compiling the required information;
- (h) Where appropriate, an outline for monitoring and management programmes and any plans for post-project analysis; and
- (i) A non-technical summary including a visual presentation as appropriate (maps, graphs, etc.).

Appendix III

General criteria to assist in determination of the environmental significance of activities not listed in Appendix I

1. In considering proposed activities to which Article 2, paragraph 5, applies, the concerned Parties may consider whether the activity is likely to have a significant adverse transboundary impact in particular by virtue of one or more of the following criteria:
 - (a) Size: proposed activities which are large for the type of the activity;
 - (b) Location: proposed activities which are located in or close to an area of special environmental sensitivity or importance (such as wetlands designated under the Ramsar Convention, national parks, nature reserves, sites of special scientific interest, or sites of archaeological, cultural or historical importance); also, proposed activities in locations where the characteristics of proposed development would be likely to have significant effects on the population;
 - (c) Effects: proposed activities with particularly complex and potentially adverse effects, including those giving rise to serious effects on humans or on valued species or organisms, those which threaten the existing or potential use of an affected area and those causing additional loading which cannot be sustained by the carrying capacity of the environment.
2. The concerned Parties shall consider for this purpose proposed activities which are located close to an international frontier as well as more remote proposed activities which could give rise to significant transboundary effects far removed from the site of development.

Appendix IV

Inquiry procedure

1. The requesting Party or Parties shall notify the secretariat that it or they submit(s) the question of whether a proposed activity listed in Appendix I is likely to have a significant adverse transboundary impact to an inquiry commission established in accordance with the provisions of this Appendix. This notification shall state the subject-matter of the inquiry. The secretariat shall notify immediately all Parties to this Convention of this submission.
2. The inquiry commission shall consist of three members. Both the requesting party and the other party to the inquiry procedure shall appoint a scientific or technical expert, and the two experts so appointed shall designate by common agreement the third expert, who shall be the president of the inquiry commission. The latter shall not be a national of one of the parties to the inquiry procedure, nor have his or her usual place of residence in the territory of one of these parties, nor be employed by any of them, nor have dealt with the matter in any other capacity.

3. If the president of the inquiry commission has not been designated within two months of the appointment of the second expert, the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe shall, at the request of either party, designate the president within a further two-month period.
4. If one of the parties to the inquiry procedure does not appoint an expert within one month of its receipt of the notification by the secretariat, the other party may inform the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe, who shall designate the president of the inquiry commission within a further two-month period. Upon designation, the president of the inquiry commission shall request the party which has not appointed an expert to do so within one month. After such a period, the president shall inform the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe, who shall make this appointment within a further two-month period.
5. The inquiry commission shall adopt its own rules of procedure.
6. The inquiry commission may take all appropriate measures in order to carry out its functions.
7. The parties to the inquiry procedure shall facilitate the work of the inquiry commission and, in particular, using all means at their disposal, shall:
 - (a) Provide it with all relevant documents, facilities and information; and
 - (b) Enable it, where necessary, to call witnesses or experts and receive their evidence.
8. The parties and the experts shall protect the confidentiality of any information they receive in confidence during the work of the inquiry commission.
9. If one of the parties to the inquiry procedure does not appear before the inquiry commission or fails to present its case, the other party may request the inquiry commission to continue the proceedings and to complete its work. Absence of a party or failure of a party to present its case shall not constitute a bar to the continuation and completion of the work of the inquiry commission.
10. Unless the inquiry commission determines otherwise because of the particular circumstances of the matter, the expenses of the inquiry commission, including the remuneration of its members, shall be borne by the parties to the inquiry procedure in equal shares. The inquiry commission shall keep a record of all its expenses, and shall furnish a final statement thereof to the parties.
11. Any Party having an interest of a factual nature in the subject-matter of the inquiry procedure, and which may be affected by an opinion in the matter, may intervene in the proceedings with the consent of the inquiry commission.
12. The decisions of the inquiry commission on matters of procedure shall be taken by majority vote of its members. The final opinion of the inquiry commission shall reflect the view of the majority of its members and shall include any dissenting view.
13. The inquiry commission shall present its final opinion within two months of the date on which it was established unless it finds it necessary to extend this time limit for a period which should not exceed two months.
14. The final opinion of the inquiry commission shall be based on accepted scientific principles. The final opinion shall be transmitted by the inquiry commission to the parties to the inquiry procedure and to the secretariat.

Appendix V

Post-project analysis

Objectives include:

- (a) Monitoring compliance with the conditions as set out in the authorization or approval of the activity and the effectiveness of mitigation measures;
- (b) Review of an impact for proper management and in order to cope with uncertainties;
- (c) Verification of past predictions in order to transfer experience to future activities of the same type.

Appendix VI

Elements for bilateral and multilateral cooperation

1. Concerned Parties may set up, where appropriate, institutional arrangements or enlarge the mandate of existing institutional arrangements within the framework of bilateral and multilateral agreements in order to give full effect to this Convention.
2. Bilateral and multilateral agreements or other arrangements may include:
 - (a) Any additional requirements for the implementation of this Convention, taking into account the specific conditions of the subregion concerned;
 - (b) Institutional, administrative and other arrangements, to be made on a reciprocal and equivalent basis;

- (c) Harmonization of their policies and measures for the protection of the environment in order to attain the greatest possible similarity in standards and methods related to the implementation of environmental impact assessment;
- (d) Developing, improving, and/or harmonizing methods for the identification, measurement, prediction and assessment of impacts, and for post-project analysis;
- (e) Developing and/or improving methods and programmes for the collection, analysis, storage and timely dissemination of comparable data regarding environmental quality in order to provide input into environmental impact assessment;
- (f) The establishment of threshold levels and more specified criteria for defining the significance of transboundary impacts related to the location, nature or size of proposed activities, for which environmental impact assessment in accordance with the provisions of this Convention shall be applied; and the establishment of critical loads of transboundary pollution;
- (g) Undertaking, where appropriate, joint environmental impact assessment, development of joint monitoring programmes, intercalibration of monitoring devices and harmonization of methodologies with a view to rendering the data and information obtained compatible.

Appendix VII

Arbitration

1. The claimant Party or Parties shall notify the secretariat that the Parties have agreed to submit the dispute to arbitration pursuant to Article 15, paragraph 2, of this Convention. The notification shall state the subject-matter of arbitration and include, in particular, the Articles of this Convention, the interpretation or application of which are at issue. The secretariat shall forward the information received to all Parties to this Convention.
2. The arbitral tribunal shall consist of three members. Both the claimant Party or Parties and the other Party or Parties to the dispute shall appoint an arbitrator, and the two arbitrators so appointed shall designate by common agreement the third arbitrator, who shall be the president of the arbitral tribunal. The latter shall not be a national of one of the parties to the dispute, nor have his or her usual place of residence in the territory of one of these parties, nor be employed by any of them, nor have dealt with the case in any other capacity.
3. If the president of the arbitral tribunal has not been designated within two months of the appointment of the second arbitrator, the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe shall, at the request of either party to the dispute, designate the president within a further two-month period.
4. If one of the parties to the dispute does not appoint an arbitrator within two months of the receipt of the request, the other party may inform the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe, who shall designate the president of the arbitral tribunal within a further two-month period. Upon designation, the president of the arbitral tribunal shall request the party which has not appointed an arbitrator to do so within two months. After such a period, the president shall inform the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe, who shall make this appointment within a further two-month period.
5. The arbitral tribunal shall render its decision in accordance with international law and in accordance with the provisions of this Convention.
6. Any arbitral tribunal constituted under the provisions set out herein shall draw up its own rules of procedure.
7. The decisions of the arbitral tribunal, both on procedure and on substance, shall be taken by majority vote of its members.
8. The tribunal may take all appropriate measures in order to establish the facts.
9. The parties to the dispute shall facilitate the work of the arbitral tribunal and, in particular, using all means at their disposal, shall:
 - (a) Provide it with all relevant documents, facilities and information; and
 - (b) Enable it, where necessary, to call witnesses or experts and receive their evidence.
10. The parties and the arbitrators shall protect the confidentiality of any information they receive in confidence during the proceedings of the arbitral tribunal.
11. The arbitral tribunal may, at the request of one of the parties, recommend interim measures of protection.
12. If one of the parties to the dispute does not appear before the arbitral tribunal or fails to defend its case, the other party may request the tribunal to continue the proceedings and to render its final decision. Absence of a party or failure of a party to defend

its case shall not constitute a bar to the proceedings. Before rendering its final decision, the arbitral tribunal must satisfy itself that the claim is well founded in fact and law.

13. The arbitral tribunal may hear and determine counter-claims arising directly out of the subject-matter of the dispute.
14. Unless the arbitral tribunal determines otherwise because of the particular circumstances of the case, the expenses of the tribunal, including the remuneration of its members, shall be borne by the parties to the dispute in equal shares. The tribunal shall keep a record of all its expenses, and shall furnish a final statement thereof to the parties.
15. Any Party to this Convention having an interest of a legal nature in the subject-matter of the dispute, and which may be affected by a decision in the case, may intervene in the proceedings with the consent of the tribunal.
16. The arbitral tribunal shall render its award within five months of the date on which it is established unless it finds it necessary to extend the time limit for a period which should not exceed five months.
17. The award of the arbitral tribunal shall be accompanied by a statement of reasons. It shall be final and binding upon all parties to the dispute. The award will be transmitted by the arbitral tribunal to the parties to the dispute and to the secretariat. The secretariat will forward the information received to all Parties to this Convention.
18. Any dispute which may arise between the parties concerning the interpretation or execution of the award may be submitted by either party to the arbitral tribunal which made the award or, if the latter cannot be seized thereof, to another tribunal constituted for this purpose in the same manner as the first.

Appendices

Appendice I

Liste d'activités

1. Raffinerie de pétrole (à l'exclusion des entreprises fabriquant uniquement des lubrifiants à partir de pétrole brut) et installations pour la gazéification et la liquéfaction d'au moins 500 tonnes de charbon ou de schiste bitumineux par jour.
2. Centrales thermiques et autres installations de combustion dont la production thermique est égale ou supérieure à 300 mégawatts et centrales nucléaires et autres réacteurs nucléaires (à l'exception des installations de recherche pour la production et la conversion de matières fissiles et de matières fertiles dont la puissance maximale n'excède pas un kilowatt de charge thermique continue).
3. Installations destinées uniquement à la production ou à l'enrichissement de combustibles nucléaires, au traitement de combustibles nucléaires irradiés ou au stockage, à l'élimination et au traitement des déchets radioactifs.
4. Grandes installations pour l'élaboration primaire de la fonte et de l'acier et pour la production de métaux non ferreux.
5. Installations pour l'extraction d'amiante et pour le traitement et la transformation d'amiante et de produits contenant de l'amiante: pour les produits en amiant-ciment, installations produisant plus de 20 000 tonnes de produits finis par an, pour les matériaux de friction, installations produisant plus de 50 tonnes de produits finis par an et pour les autres utilisations de l'amiante, installations utilisant plus de 200 tonnes d'amiante par an.
6. Installations chimiques intégrées.
7. Construction d'autoroutes, de routes express⁷⁾ et de lignes de chemin de fer pour le trafic ferroviaire à longue distance ainsi que d'aéroports dotés d'une piste principale d'une longueur égale ou supérieure à 2 100 mètres.
8. Oléoducs et gazoducs de grande section.
9. Ports de commerce ainsi que voies d'eau intérieures et ports fluviaux permettant le passage de bateaux de plus de 1 350 tonnes.
10. Installations d'élimination des déchets: incinération, traitement chimique ou mise en décharge de déchets toxiques et dangereux.
11. Grands barrages et réservoirs.
12. Travaux de captage d'eaux souterraines si le volume annuel d'eau à capter atteint ou dépasse 10 millions de mètres cubes.
13. Installations pour la fabrication de papier et de pâte à papier produisant au moins 200 tonnes séchées à l'air par jour.
14. Exploitation minière à grande échelle, extraction et traitement sur place de minerais métalliques ou de charbon.
15. Production d'hydrocarbures en mer.
16. Grandes installations de stockage de produits pétroliers, pétrochimiques et chimiques.
17. Déboisement de grandes superficies.

⁷⁾ Aux fins de la présente Convention:

- Le terme «autoroute» désigne une route qui est spécialement conçue et construite pour la circulation automobile, qui ne dessert pas les propriétés riveraines et qui:
 - a) Sauf en des points singuliers ou à titre temporaire, comporte, pour les deux sens de la circulation, des chaussées distinctes séparées l'une de l'autre par une bande de terrain non destinée à la circulation ou, exceptionnellement, par d'autres moyens;
 - b) Ne croise à niveau ni route, ni voie de chemin de fer ou de tramway, ni chemin pour la circulation de piétons;
 - c) Est spécialement signalée comme étant une autoroute.
- L'expression «route express» désigne une route réservée à la circulation automobile, accessible seulement par des échangeurs ou des carrefours réglementés et sur laquelle, en particulier, il est interdit de s'arrêter et de stationner sur la chaussée.

Appendice II

Contenu du dossier d'évaluation
de l'impact sur l'environnement

Renseignements minimums devant figurer dans le dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement, en vertu de l'Article 4:

- a) Description de l'activité proposée et de son objet;
- b) Description, s'il y a lieu, des solutions de remplacement (par exemple en ce qui concerne le lieu d'implantation ou la technologie) qui peuvent être raisonnablement envisagées sans omettre l'option »zéro«;
- c) Description de l'environnement sur lequel l'activité proposée et les solutions de remplacement sont susceptibles d'avoir un impact important;
- d) Description de l'impact que l'activité proposée et les solutions de remplacement peuvent avoir sur l'environnement et estimation de son importance;
- e) Description des mesures correctives visant à réduire autant que possible l'impact préjudiciable sur l'environnement;
- f) Indication précise des méthodes de prévision et des hypothèses de base retenues ainsi que des données environnementales pertinentes utilisées;
- g) Inventaire des lacunes dans les connaissances et des incertitudes constatées en rassemblant les données requises;
- h) S'il y a lieu, aperçu des programmes de surveillance et de gestion et des plans éventuels pour l'analyse à posteriori;
- i) Résumé non technique avec, au besoin, une présentation visuelle (cartes, graphiques, etc.).

Appendice III

Critères généraux visant à aider à déterminer
l'importance de l'impact sur l'environnement d'activités
qui ne sont pas inscrites sur la liste figurant à l'Appendice I

1. Lorsqu'elles envisagent des activités proposées auxquelles s'applique le paragraphe 5 de l'Article 2, les Parties concernées peuvent chercher à déterminer si l'activité envisagée est susceptible d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important, en particulier au regard d'un ou de plusieurs des critères suivants:
 - a) Ampleur: activités qui, vu leur nature, sont de grande ampleur;
 - b) Site: activités qu'il est proposé d'entreprendre dans une zone ou à proximité d'une zone particulièrement sensible ou importante du point de vue écologique (comme les zones humides visées par la Convention de Ramsar, les parcs nationaux, les réserves naturelles, les sites présentant un intérêt scientifique particulier ou les sites importants du point de vue archéologique, culturel ou historique) et activités qu'il est proposé d'entreprendre dans des sites où les caractéristiques du projet envisagé sont susceptibles d'avoir des effets importants sur la population;
 - c) Effets: activités proposées dont les effets sont particulièrement complexes et peuvent être préjudiciables, y compris les activités qui ont de graves effets sur l'homme ou sur les espèces ou organismes auxquels on attache une valeur particulière, les activités qui compromettent la poursuite de l'utilisation ou l'utilisation potentielle d'une zone touchée et les activités imposant une charge supplémentaire que le milieu n'a pas la capacité de supporter.
2. Les Parties concernées procèdent ainsi pour les activités proposées dont le site se trouve à proximité d'une frontière internationale et pour les activités proposées dont le site est plus éloigné et qui pourraient avoir des effets transfrontières importants à grande distance.

Appendice IV

Procédure d'enquête

1. La (ou les) Partie(s) requérante(s) notifie(nt) au secrétariat qu'elle(s) soumet(tent) à une commission d'enquête constituée conformément aux dispositions du présent Appendice la question de savoir si une activité proposée inscrite sur la liste figurant à l'Appendice I est susceptible d'avoir un impact transfrontière préjudiciable important. L'objet de l'enquête est indiqué dans la notification. Le secrétariat notifie immédiatement cette demande d'enquête à toutes les Parties à la présente Convention.
2. La commission d'enquête est composée de trois membres. La partie requérante et l'autre partie à la procédure d'enquête nomment, chacune, un expert scientifique ou

technique et les deux experts ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième expert qui est le président de la commission d'enquête. Ce dernier ne doit pas être ressortissant de l'une des parties à la procédure d'enquête ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'une de ces parties, ni être au service de l'une d'elles, ni s'être déjà occupé de l'affaire en question à quelque autre titre que ce soit.

3. Si, dans les deux mois suivant la nomination du deuxième expert, le président de la commission d'enquête n'a pas été désigné, le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe procède, à la demande de l'une des parties, à sa désignation dans un nouveau délai de deux mois.
4. Si, dans un délai d'un mois à compter de la réception de la notification adressée par le secrétariat, l'une des parties à la procédure d'enquête ne nomme pas un expert, l'autre partie peut en informer le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe, qui désigne le président de la commission d'enquête dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le président de la commission d'enquête demande à la partie qui n'a pas nommé d'expert de le faire dans un délai d'un mois. Lorsque ce délai est écoulé, le président en informe le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.
5. La commission d'enquête arrête elle-même son règlement intérieur.
6. La commission d'enquête peut prendre toutes les mesures voulues pour exercer ses fonctions.
7. Les parties à la procédure d'enquête facilitent la tâche de la commission d'enquête et, en particulier, par tous les moyens à leur disposition:
 - a) Lui fournissent tous les documents, facilités et renseignements pertinents;
 - b) Lui permettent, si cela est nécessaire, de citer et d'entendre des témoins ou des experts.
8. Les parties et les experts protègent le secret de tout renseignement qu'ils reçoivent à titre confidentiel pendant les travaux de la commission d'enquête.
9. Si l'une des parties à la procédure d'enquête ne se présente pas devant la commission d'enquête ou s'abstient d'exposer sa position, l'autre partie peut demander à la commission d'enquête de poursuivre la procédure et d'achever ses travaux. Le fait pour une partie de ne pas se présenter devant la commission ou de ne pas exposer sa position ne fait pas obstacle à la poursuite et à l'achèvement des travaux de la commission d'enquête.
10. À moins que la commission d'enquête n'en décide autrement en raison des circonstances particulières de l'affaire, les frais de ladite commission, y compris la rémunération de ses membres, sont supportés à parts égales par les parties à la procédure d'enquête. La commission d'enquête tient un relevé de tous ses frais et en fournit un état final aux parties.
11. Toute Partie ayant, en ce qui concerne l'objet de la procédure d'enquête, un intérêt d'ordre matériel susceptible d'être affecté par l'avis rendu par la commission d'enquête, peut intervenir dans la procédure avec l'accord de la commission d'enquête.
12. Les décisions de la commission d'enquête sur les questions de procédure sont prises à la majorité des voix de ses membres. L'avis définitif de la commission reflète l'opinion de la majorité de ses membres et est assorti, éventuellement, de l'exposé des opinions dissidentes.
13. La commission d'enquête rend son avis définitif dans les deux mois suivant la date à laquelle elle a été constituée à moins qu'elle ne juge nécessaire de prolonger ce délai d'une durée qui ne devrait pas excéder deux mois.
14. L'avis définitif de la commission d'enquête est fondé sur des principes scientifiques acceptés. La commission d'enquête communique son avis définitif aux parties à la procédure d'enquête et au secrétariat.

Appendice V

Analyse à postériori

Cette analyse a notamment pour objet:

- a) De vérifier si les conditions énoncées dans les textes autorisant ou approuvant l'activité sont bien respectées et si les mesures correctives sont efficaces;
- b) D'examiner tout impact dans un souci de bonne gestion et afin de dissiper les incertitudes;
- c) De vérifier l'exactitude des prévisions antérieures afin d'en tirer des leçons pour les activités du même type qui seront entreprises à l'avenir.

Appendice VI

Éléments de la coopération bilatérale et multilatérale

1. Les Parties concernées peuvent établir, s'il y a lieu, des arrangements institutionnels ou élargir le champ des arrangements existants dans le cadre d'accords bilatéraux et multilatéraux afin de donner pleinement effet à la présente Convention.
2. Les accords bilatéraux ou multilatéraux ou autres arrangements peuvent prévoir:
 - a) Toute mesure supplémentaire aux fins de l'application de la présente Convention, tenant compte de la situation particulière de la sous-région concernée;
 - b) Des arrangements institutionnels, administratifs et autres à conclure sur la base de la réciprocité et conformément au principe d'équivalence;
 - c) L'harmonisation des politiques et des mesures de protection de l'environnement afin que les normes et méthodes relatives à l'application de l'évaluation de l'impact sur l'environnement soient aussi uniformes que possible;
 - d) La mise au point de méthodes de détermination, de mesure, de prévision et d'évaluation des impacts et de méthodes d'analyse à posteriori ainsi que l'amélioration et/ou l'harmonisation de ces méthodes;
 - e) La mise au point de méthodes et de programmes pour la collecte, l'analyse, le stockage et la diffusion en temps utile de données comparables sur la qualité de l'environnement, à titre de contribution à l'évaluation de l'impact sur l'environnement et/ou l'amélioration de ces méthodes et programmes;
 - f) La fixation de seuils et de critères plus précis pour définir l'importance des impacts transfrontières en fonction du site, de la nature et de l'ampleur des activités proposées devant faire l'objet d'une évaluation de l'impact sur l'environnement en application des dispositions de la présente Convention et la fixation de charges critiques de pollution transfrontière;
 - g) La réalisation en commun, s'il y a lieu, de l'évaluation de l'impact sur l'environnement, la mise au point de programmes de surveillance communs, l'étalonnage comparatif des dispositifs de surveillance et l'harmonisation des méthodes en vue d'assurer la compatibilité des données et des informations obtenues.

Appendice VII

Arbitrage

1. La (ou les) Partie(s) requérante(s) notifie(nt) au secrétariat que les Parties sont convenues de soumettre le différend à l'arbitrage en vertu du paragraphe 2 de l'Article 15 de la présente Convention. La notification expose l'objet de l'arbitrage et indique en particulier les Articles de la présente Convention dont l'interprétation ou l'application est en cause. Le secrétariat transmet les informations reçues à toutes les Parties à la présente Convention.
2. Le tribunal arbitral est composé de trois membres. La (ou les) Partie(s) requérante(s) et l'autre (ou les autres) Partie(s) au différend nomment un arbitre et les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre qui est le président du tribunal arbitral. Ce dernier ne doit pas être ressortissant de l'une des parties au différend ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'une de ces parties, ni être au service de l'une d'elles, ni s'être déjà occupé de l'affaire à quelque autre titre que ce soit.
3. Si, dans les deux mois suivant la nomination du deuxième arbitre, le président du tribunal arbitral n'a pas été désigné, le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe procède, à la demande de l'une des parties au différend, à sa désignation dans un nouveau délai de deux mois.
4. Si, dans un délai de deux mois à compter de la réception de la demande l'une des parties au différend ne procède pas à la nomination d'un arbitre, l'autre partie peut en informer le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe, qui désigne le président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation le président du tribunal arbitral demande à la partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Lorsque ce délai est écoulé, le président en informe le Secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe, qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.
5. Le tribunal rend sa sentence conformément au droit international et aux dispositions de la présente Convention.
6. Tout tribunal arbitral constitué en application des présentes dispositions arrête lui-même sa procédure.
7. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur les questions de procédure que sur le fond, sont prises à la majorité de ses membres.

8. Le tribunal peut prendre toutes les mesures voulues pour établir les faits.
9. Les parties au différend facilitent la tâche du tribunal arbitral et, en particulier, par tous les moyens à leur disposition:
 - a) Lui fournissent tous les documents, facilités et renseignements pertinents; et
 - b) Lui permettent, si cela est nécessaire, de citer et d'entendre des témoins ou des experts.
10. Les parties et les arbitres protègent le secret de tout renseignement qu'ils reçoivent à titre confidentiel pendant la procédure d'arbitrage.
11. Le tribunal arbitral peut, à la demande de l'une des parties, recommander des mesures conservatoires.
12. Si l'une des parties au différend ne se présente pas devant le tribunal arbitral ou ne fait pas valoir ses moyens, l'autre partie peut demander au tribunal de poursuivre la procédure et de rendre sa sentence définitive. Le fait pour une partie de ne pas se présenter ou de ne pas faire valoir ses moyens ne fait pas obstacle au déroulement de la procédure. Avant de rendre sa sentence définitive, le tribunal arbitral doit s'assurer que la demande est fondée en fait et en droit.
13. Le tribunal arbitral peut connaître et décider des demandes reconventionnelles directement liées à l'objet du différend.
14. À moins que le tribunal d'arbitrage n'en décide autrement en raison des circonstances particulières de l'affaire, les frais du tribunal, y compris la rémunération de ses membres, sont supportés à parts égales par les parties au différend. Le tribunal tient un relevé de tous ses frais et en fournit un état final aux parties.
15. Toute Partie à la présente Convention ayant, en ce qui concerne l'objet du différend, un intérêt d'ordre juridique susceptible d'être affecté par la décision rendue dans l'affaire peut intervenir dans la procédure, avec l'accord du tribunal.
16. Le tribunal arbitral rend sa sentence dans les cinq mois suivant la date à laquelle il a été constitué, à moins qu'il ne juge nécessaire de prolonger ce délai d'une durée qui ne devrait pas excéder cinq mois.
17. La sentence du tribunal arbitral est assortie d'un exposé des motifs. Elle est définitive et obligatoire pour toutes les parties au différend. Le tribunal arbitral la communique aux parties au différend et au secrétariat. Ce dernier transmet les informations reçues à toutes les Parties à la présente Convention.
18. Tout différend entre les parties au sujet de l'interprétation ou de l'exécution de la sentence peut être soumis par l'une des parties au tribunal arbitral qui a rendu ladite sentence ou, si ce dernier ne peut en être saisi, à un autre tribunal constitué à cet effet de la même manière que le premier.

Anhänge

Anhang I

Liste der Tätigkeiten

1. Erdölraffinerien (ausgenommen Unternehmen, die nur Schmiermittel aus Rohöl herstellen) sowie Anlagen zur Vergasung und Verflüssigung von täglich mindestens 500 Tonnen Kohle oder bituminösem Schiefer.
2. Wärmekraftwerke und sonstige Verbrennungsanlagen mit einer Wärmeleistung von mindestens 300 MW sowie Kernkraftwerke und sonstige Kernreaktoren (ausgenommen Forschungseinrichtungen für die Erzeugung und Bearbeitung von spaltbaren und brutstoffhaltigen Stoffen, deren Höchstleistung 1 kW thermische Dauerleistung nicht übersteigt).
3. Anlagen, die ausschließlich für die Erzeugung oder Anreicherung von Kernbrennstoffen, die Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe oder die Lagerung, Beseitigung und Aufarbeitung radioaktiver Abfälle bestimmt sind.
4. Größere Anlagen für das Erschmelzen von Gusseisen und Stahl und für die Erzeugung von Nichteisenmetallen.
5. Anlagen zur Gewinnung von Asbest sowie zur Verarbeitung und Umwandlung von Asbest und asbesthaltigen Erzeugnissen: bei Asbestzement-Erzeugnissen Anlagen mit einer Jahresproduktion von mehr als 20 000 Tonnen Fertigerzeugnissen, bei Reibungsbelägen Anlagen mit einer Jahresproduktion von mehr als 50 Tonnen Fertigerzeugnissen und bei anderen Asbestverwendungen Anlagen mit einem Jahreseinsatz von mehr als 200 Tonnen Asbest.
6. Integrierte chemische Anlagen.
7. Bau von Autobahnen, Schnellstraßen*) und Eisenbahn-Fernverkehrsstrecken sowie von Flughäfen mit einer Start- und Landebahn-Grundlänge von 2 100 Metern und mehr.
8. Öl- und Gaspipelines großen Durchmessers.
9. Seehandelshäfen sowie Wasserstraßen und Häfen für die Binnenschifffahrt, die für Schiffe mit mehr als 1 350 Tonnen zugänglich sind.
10. Abfallbeseitigungsanlagen zur Verbrennung, chemischen Behandlung oder Deponielagerung giftiger und gefährlicher Abfälle.
11. Große Talsperren und Stauseen.
12. Maßnahmen zur Grundwasserentnahme mit einer jährlichen Wasserentnahmemenge von mindestens 10 Millionen Kubikmetern.
13. Anlagen zur Herstellung von Zellstoff und Papier mit einem Ausstoß von mindestens 200 luftgetrockneten Tonnen täglich.
14. Größere Anlagen für den Abbau, die Förderung vor Ort sowie die Verarbeitung von Metallerzen oder Kohle.
15. Kohlenwasserstoffförderung auf See.
16. Größere Anlagen zur Lagerung von Erdöl, petrochemischen und chemischen Erzeugnissen.
17. Abholzung großer Flächen.

*) im Sinne dieses Übereinkommens

- bedeutet „Autobahn“ eine Straße, die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen besonders bestimmt und gebaut ist, zu der von den angrenzenden Grundstücken aus keine unmittelbare Zufahrt besteht und die

a) - außer an einzelnen Stellen oder vorübergehend - für beide Verkehrsrichtungen besondere Fahrbahnen hat, die durch einen nicht für den Verkehr bestimmten Geländestreifen oder in Ausnahmefällen durch andere Mittel voneinander getrennt sind;

b) keine höhengleiche Kreuzung mit Straßen, Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen oder Gehwegen hat;

c) als Autobahn besonders gekennzeichnet ist;

- bedeutet „Schnellstraße“ eine Straße, die dem Kraftfahrzeugverkehr vorbehalten ist, nur über Anschlussstellen oder besonders geregelte Kreuzungen erreichbar ist und auf der insbesondere das Halten und das Parken auf der Fahrbahn verboten sind.

Anhang II

Inhalt

der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung enthält nach Artikel 4 mindestens folgende Informationen:

- a) eine Beschreibung der geplanten Tätigkeit und ihres Zwecks;
- b) gegebenenfalls eine Beschreibung veretretbarer Alternativen (beispielsweise in Bezug auf den Standort oder die Technologie) zu der geplanten Tätigkeit sowie auch die Möglichkeit, die Tätigkeit zu unterlassen;
- c) eine Beschreibung der Umwelt, die durch die geplante Tätigkeit und deren Alternativen voraussichtlich erheblich betroffen sein wird;
- d) eine Beschreibung der möglichen Auswirkungen der geplanten Tätigkeit und deren Alternativen auf die Umwelt sowie eine Abschätzung ihres Ausmaßes;
- e) eine Beschreibung der Milderungsmaßnahmen, durch welche die nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt auf ein Mindestmaß beschränkt werden;
- f) eine genaue Angabe der Prognosemethoden und der zugrunde liegenden Annahmen sowie der verwendeten einschlägigen Umweltdaten;
- g) die Angabe von Wissenslücken und Unsicherheiten, die bei der Zusammenstellung der geforderten Informationen festgestellt wurden;
- h) gegebenenfalls eine Übersicht über die Überwachungs- und Managementprogramme sowie etwaige Pläne für eine Analyse nach Durchführung des Vorhabens;
- i) eine nichttechnische Zusammenfassung, gegebenenfalls mit Anschauungsmaterial (Karten, Diagramme usw.).

Anhang III

Allgemeine Kriterien

als Anhaltspunkte für die Feststellung der Umweltbelastung durch nicht in Anhang I aufgeführte Tätigkeiten

- (1) Bei der Prüfung geplanter Tätigkeiten, auf die Artikel 2 Absatz 5 Anwendung findet, können die beteiligten Vertragsparteien prüfen, ob die Tätigkeit voraussichtlich erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen hat, insbesondere anhand einzelner oder mehrerer der folgenden Kriterien:
 - a) Umfang: geplante Tätigkeiten, die ihrer Art nach umfangreich sind;
 - b) Standort: geplante Tätigkeiten, deren Standort sich in oder nahe bei einem Gebiet befindet, das ökologisch besonders empfindlich oder bedeutsam ist (wie die im Ramsar-Übereinkommen bezeichneten Feuchtgebiete oder wie Nationalparks, Naturschutzgebiete, Stätten von besonderem wissenschaftlichen Interesse oder Stätten von archäologischer, kultureller oder geschichtlicher Bedeutung); ferner geplante Tätigkeiten an Standorten, an denen die Merkmale des geplanten Vorhabens voraussichtlich erhebliche Folgen für die Bevölkerung hätten;
 - c) Folgen: geplante Tätigkeiten mit besonders vielschichtigen und möglicherweise nachteiligen Folgen; dazu gehören Tätigkeiten, die schwerwiegende Folgen für den Menschen oder für wertvolle Arten oder Organismen haben, Tätigkeiten, welche die weitere oder mögliche Nutzung eines betroffenen Gebiets gefährden, sowie Tätigkeiten, die eine zusätzliche Belastung verursachen, welche die Belastbarkeit der Umwelt übersteigt.
- (2) Die beteiligten Vertragsparteien prüfen zu diesem Zweck geplante Tätigkeiten, deren Standort sich in der Nähe einer Staatsgrenze befindet, sowie geplante Tätigkeiten, deren Standort weiter entfernt ist und die erhebliche grenzüberschreitende Folgen in großer Entfernung vom Durchführungsort haben können.

Anhang IV

Untersuchungsverfahren

- (1) Die ersuchende Vertragspartei notifiziert dem Sekretariat, dass sie einer nach Maßgabe dieses Anhangs eingesetzten Untersuchungskommission die Frage vorlegt, ob eine in Anhang I aufgeführte geplante Tätigkeit voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen hat. In dieser Notifikation wird der Gegenstand der Untersuchung angegeben. Das Sekretariat unterrichtet sofort alle Vertragsparteien des Übereinkommens von dieser Vorlage.
- (2) Die Untersuchungskommission besteht aus drei Mitgliedern. Die ersuchende Partei und die andere am Untersuchungsverfahren beteiligte Partei bestellen jeweils einen wissenschaftlichen oder technischen Sachverständigen; die beiden so bestellten Sachverständigen bestimmen einvernehmlich den dritten Sachverständigen zum Präsidenten der Untersuchungskommission. Dieser darf weder Staatsangehöriger

- einer der am Untersuchungsverfahren beteiligten Parteien sein, seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer dieser Parteien haben, im Dienst einer derselben stehen noch in anderer Eigenschaft mit der Angelegenheit befasst gewesen sein.
- (3) Ist der Präsident der Untersuchungskommission nicht innerhalb von zwei Monaten nach Bestellung des zweiten Sachverständigen ernannt worden, so ernennt der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa den Präsidenten auf Antrag einer der Parteien innerhalb weiterer zwei Monate.
 - (4) Bestellt eine der am Untersuchungsverfahren beteiligten Parteien nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Notifikation des Sekretariats einen Sachverständigen, so kann die andere Partei dies dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa mitteilen; dieser ernennt den Präsidenten der Untersuchungskommission innerhalb weiterer zwei Monate. Nach seiner Ernennung fordert der Präsident der Untersuchungskommission die Partei, die keinen Sachverständigen bestellt hat, auf, diese Bestellung innerhalb eines Monats vorzunehmen. Nach Ablauf dieses Zeitraums unterrichtet der Präsident den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa, der die Bestellung innerhalb weiterer zwei Monate vornimmt.
 - (5) Die Untersuchungskommission gibt sich eine Geschäftsordnung.
 - (6) Die Untersuchungskommission kann alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben geeigneten Maßnahmen ergreifen.
 - (7) Die an dem Untersuchungsverfahren beteiligten Parteien erleichtern die Arbeit der Untersuchungskommission; sie werden ihr insbesondere mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln
 - a) alle sachdienlichen Schriftstücke vorlegen, Erleichterungen einräumen und Auskünfte erteilen und
 - b) die Möglichkeit geben, soweit nötig Zeugen oder Sachverständige zu laden und deren Aussagen einzuholen.
 - (8) Die Parteien und die Sachverständigen wahren die Vertraulichkeit aller während der Arbeit der Untersuchungskommission vertraulich erhaltenen Mitteilungen.
 - (9) Erscheint eine der am Untersuchungsverfahren beteiligten Parteien nicht vor der Untersuchungskommission oder unterlässt sie es, sich zur Sache zu äußern, so kann die andere Partei die Untersuchungskommission ersuchen, das Verfahren fortzuführen und ihre Arbeit abzuschließen. Abwesenheit oder Versäumnis einer Partei, sich zur Sache zu äußern, stellt kein Hindernis für die Fortsetzung und den Abschluss der Arbeit der Untersuchungskommission dar.
 - (10) Sofern die Untersuchungskommission nicht wegen der besonderen Umstände der Angelegenheit etwas anderes beschließt, werden die Kosten der Untersuchungskommission, einschließlich der Vergütung ihrer Mitglieder, von den an dem Untersuchungsverfahren beteiligten Parteien zu gleichen Teilen getragen. Die Untersuchungskommission verzeichnet alle ihre Kosten und legt den Parteien eine Schlussabrechnung vor.
 - (11) Hat eine Vertragspartei ein sachliches Interesse an dem Gegenstand des Untersuchungsverfahrens und könnte sie durch ein Gutachten in der Angelegenheit berührt werden, so kann sie mit Zustimmung der Untersuchungskommission dem Verfahren beitreten.
 - (12) Beschlüsse der Untersuchungskommission über Verfahrensfragen bedürfen der Mehrheit ihrer Mitglieder. Das Schlussgutachten der Untersuchungskommission gibt die Auffassung der Mehrheit ihrer Mitglieder sowie etwaige abweichende Ansichten wieder.
 - (13) Die Untersuchungskommission legt ihr Schlussgutachten innerhalb von zwei Monaten nach dem Zeitpunkt vor, zu dem sie gebildet wurde; hält sie jedoch eine Verlängerung dieser Frist für notwendig, so darf diese zwei Monate nicht überschreiten.
 - (14) Das Schlussgutachten der Untersuchungskommission stützt sich auf anerkannte wissenschaftliche Grundsätze. Die Untersuchungskommission übermittelt das Gutachten den am Untersuchungsverfahren beteiligten Parteien und dem Sekretariat.

Anhang V

Analyse nach Durchführung des Vorhabens

Ziel der Analyse ist insbesondere Folgendes:

- a) die Überwachung der Einhaltung der in der Genehmigung der Tätigkeit enthaltenen Bedingungen sowie der Wirksamkeit der Milderungsmaßnahmen;
- b) die Überprüfung von Auswirkungen im Hinblick auf ein ordnungsgemäßes Management und zur Beseitigung von Unsicherheiten;
- c) die Nachprüfung früherer Voraussagen, um Erfahrungswerte auf künftige gleichartige Tätigkeiten zu übertragen.

Anhang VI Grundlagen für die zweiseitige und mehrseitige Zusammenarbeit

- (1) Die beteiligten Vertragsparteien können gegebenenfalls institutionelle Regelungen treffen oder den Bereich bestehender institutioneller Regelungen im Rahmen zweiseitiger oder mehrseitiger Übereinkünfte erweitern, um diesem Übereinkommen volle Wirksamkeit zu verleihen.
- (2) Zweiseitige und mehrseitige Übereinkünfte oder sonstige Vereinbarungen können Folgendes umfassen:
 - a) zusätzliche Vorschriften für die Durchführung dieses Übereinkommens, wobei die besonderen Gegebenheiten in der betreffenden Subregion berücksichtigt werden;
 - b) institutionelle, verwaltungsmäßige und sonstige Regelungen, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit zu treffen sind;
 - c) Angleichung ihrer Umweltpolitik und ihrer Umweltschutzmaßnahmen zur Gewährleistung möglichst einheitlicher Normen und Methoden bei der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung;
 - d) Entwicklung, Verbesserung und/oder Angleichung der Methoden zur Feststellung, Messung, Vorhersage und Beurteilung von Auswirkungen sowie für die Analyse nach Durchführung des Vorhabens;
 - e) Entwicklung und/oder Verbesserung der Methoden und Programme für die Sammlung, Analyse, Speicherung und rechtzeitige Verteilung vergleichbarer Daten über die Umweltqualität als Beitrag zur Umweltverträglichkeitsprüfung;
 - f) Festlegung von Schwellenwerten und genaueren Kriterien zur Bestimmung des Ausmaßes grenzüberschreitender Auswirkungen in Bezug auf Standort, Art oder Umfang geplanter Tätigkeiten, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach diesem Übereinkommen vorgenommen werden soll, und Festlegung von Belastungsgrenzen für grenzüberschreitende Verschmutzung;
 - g) gegebenenfalls Durchführung einer gemeinsamen Umweltverträglichkeitsprüfung, Ausarbeitung gemeinsamer Überwachungsprogramme, einheitliche Eichung von Überwachungsinstrumenten und Vereinheitlichung der Methoden zur Gewährleistung der Kompatibilität der erhaltenen Daten und Informationen.

Anhang VII Schiedsverfahren

- (1) Die antragstellende Vertragspartei oder die antragstellenden Vertragsparteien notifizieren dem Sekretariat, dass sie übereingekommen sind, die Streitigkeit einem Schiedsverfahren nach Artikel 15 Absatz 2 dieses Übereinkommens zu unterwerfen. In der Notifikation werden der Gegenstand des Schiedsverfahrens und insbesondere die Artikel des Übereinkommens angegeben, deren Auslegung oder Anwendung strittig ist. Das Sekretariat leitet die erhaltene Mitteilung an alle Vertragsparteien des Übereinkommens weiter.
- (2) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern. Sowohl die antragstellende(n) Vertragspartei(en) als auch die andere(n) an der Streitigkeit beteiligte(n) Vertragspartei(en) bestellen einen Schiedsrichter; die so bestellten Schiedsrichter bestimmen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter zum Präsidenten des Schiedsgerichts. Dieser darf weder Staatsangehöriger einer der Streitparteien sein, seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer dieser Parteien haben, im Dienst einer derselben stehen noch in anderer Eigenschaft mit der Sache befasst gewesen sein.
- (3) Ist der Präsident des Schiedsgerichts nicht innerhalb von zwei Monaten nach Bestellung des zweiten Schiedsrichters ernannt worden, so ernennt der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa den Präsidenten auf Antrag einer der Streitparteien innerhalb weiterer zwei Monate.
- (4) Bestellt eine der Streitparteien nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags einen Schiedsrichter, so kann die andere Vertragspartei den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa davon in Kenntnis setzen; dieser ernennt den Präsidenten des Schiedsgerichts innerhalb weiterer zwei Monate. Nach seiner Ernennung fordert der Präsident des Schiedsgerichts die Partei, die noch keinen Schiedsrichter bestellt hat, auf, diese Bestellung innerhalb von zwei Monaten vorzunehmen. Nach Ablauf dieses Zeitraums unterrichtet der Präsident den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Europa, der die Bestellung innerhalb weiterer zwei Monate vornimmt.
- (5) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen nach Maßgabe des Völkerrechts und dieses Übereinkommens.
- (6) Ein nach diesen Bestimmungen gebildetes Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung.

- (7) Das Schiedsgericht entscheidet über verfahrensrechtliche und materiell-rechtliche Fragen mit der Mehrheit seiner Mitglieder.
- (8) Das Schiedsgericht kann zur Feststellung der Tatsachen alle geeigneten Maßnahmen ergreifen.
- (9) Die Streitparteien erleichtern die Arbeit des Schiedsgerichts und werden insbesondere mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln
 - a) ihm alle sachdienlichen Schriftstücke vorlegen, Erleichterungen einräumen und Auskünfte erteilen und
 - b) ihm die Möglichkeit geben, soweit nötig Zeugen oder Sachverständige zu laden und ihre Aussagen einzuholen.
- (10) Die Parteien und die Schiedsrichter wahren die Vertraulichkeit aller während des Verfahrens vor dem Schiedsgericht vertraulich erhaltenen Mitteilungen.
- (11) Das Schiedsgericht kann auf Antrag einer der Parteien einstweilige Schutzmaßnahmen empfehlen.
- (12) Erscheint eine der Streitparteien nicht vor dem Schiedsgericht oder unterlässt sie es, sich zur Sache zu äußern, so kann die andere Partei das Gericht ersuchen, das Verfahren fortzuführen und seine endgültige Entscheidung zu fällen. Abwesenheit oder Versäumnis einer Partei, sich zur Sache zu äußern, stellt kein Hindernis für das Verfahren dar. Vor seiner endgültigen Entscheidung muss sich das Schiedsgericht vergewissern, dass das Begehren sachlich und rechtlich begründet ist.
- (13) Das Schiedsgericht kann über Gegenanträge, die mit dem Streitgegenstand unmittelbar im Zusammenhang stehen, verhandeln und entscheiden.
- (14) Sofern das Schiedsgericht nicht wegen der besonderen Umstände des Einzelfalls etwas anderes beschließt, werden die Kosten des Gerichts, einschließlich der Vergütung seiner Mitglieder, von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht verzeichnet alle seine Kosten und legt den Parteien eine Schlussabrechnung vor.
- (15) Hat eine Vertragspartei dieses Übereinkommens ein rechtliches Interesse an dem Streitgegenstand und könnte sie durch die Entscheidung des Falles berührt werden, so kann sie mit Zustimmung des Gerichts dem Verfahren beitreten.
- (16) Das Schiedsgericht fällt seinen Schiedsspruch innerhalb von fünf Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem es gebildet wurde; hält es jedoch eine Verlängerung dieser Frist für notwendig, so darf diese fünf Monate nicht überschreiten.
- (17) Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts ist mit einer Begründung zu versehen. Er ist endgültig und für alle Streitparteien bindend. Das Schiedsgericht übermittelt den Schiedsspruch den Streitparteien und dem Sekretariat. Dieses leitet die eingegangenen Mitteilungen an alle Vertragsparteien dieses Übereinkommens weiter.
- (18) Streitigkeiten zwischen den Parteien über die Auslegung oder Vollstreckung des Schiedsspruchs können von jeder Partei dem Schiedsgericht, das den Spruch gefällt hat, oder, falls dieses Gericht nicht befasst werden kann, einem anderen Gericht unterbreitet werden, das zu diesem Zweck auf die gleiche Weise gebildet wird wie das erste.

Änderung
des Übereinkommens
über die Umweltverträglichkeitsprüfung
im grenzüberschreitenden Rahmen

Beschluss II/14

beschlossen auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia (Bulgarien),
am 27. Februar 2001

Amendment
to the Convention
on Environmental Impact Assessment
in a Transboundary Context

Decision II/14

done at the Second Meeting of Parties at Sofia (Bulgaria),
on 27 February 2001

Amendement
à la Convention
sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement
dans un contexte transfrontière

Décision II/14

en date, à la deuxième réunion des Parties à Sofia (Bulgarie),
du 27 février 2001

(Übersetzung)

The Meeting,

Wishing to modify the Espoo Convention with a view to clarifying that the public that may participate in procedures under the Convention includes civil society and, in particular, non-governmental organizations,

Recalling paragraph 13 of the Oslo Declaration of the Ministers of the Environment and the European Community Commissioner for the Environment assembled at Oslo on the occasion of the first meeting of the Parties to the Espoo Convention,

Wishing to allow States situated outside the UN/ECE region to become Parties to the Convention,

Adopts the following amendments to the Convention:

La Réunion,

Désireuse de modifier la Convention d'Espoo afin de préciser que le public autorisé à participer aux procédures prévues par la Convention englobe la société civile et, en particulier, les organisations non gouvernementales,

Rappelant le paragraphe 13 de la Déclaration ministérielle d'Oslo adoptée par les Ministres de l'environnement et le Commissaire de l'Union européenne chargé des questions d'environnement, rassemblés à Oslo à l'occasion de la première réunion des Parties à la Convention d'Espoo,

Désireuse de permettre aux États qui n'appartiennent pas à la région de la CEE-ONU de devenir Parties à la Convention,

Adopte les amendements suivants à la Convention:

Die Tagung –

in dem Wunsch, das Übereinkommen von Espoo zu ändern, um klarzustellen, dass zu der Öffentlichkeit, die an Verfahren im Rahmen des Übereinkommens teilnehmen kann, auch die Zivilgesellschaft und insbesondere nichtstaatliche Organisationen gehören,

unter Hinweis auf Absatz 13 der Osloer Erklärung der Umweltminister und des Umweltkommissars der Europäischen Gemeinschaften, die anlässlich der ersten Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Espoo in Oslo zusammengetroffen sind,

in dem Wunsch, außerhalb der ECE-Region gelegenen Staaten zu erlauben, Vertragsparteien des Übereinkommens zu werden –

hat die folgenden Änderungen des Übereinkommens beschlossen:

- (a) At the end of Article 1 (x), after persons insert

„and, in accordance with national legislation or practice, their associations, organizations or groups“.

- (b) In Article 17, after paragraph 2, insert a new paragraph reading

„3. Any other State, not referred to in paragraph 2 of this Article, that is a Member of the United Nations may accede to the Convention upon approval by the Meeting of the Parties. The Meeting of the Parties shall not consider or approve any request for accession by such a State until this paragraph has entered into force for all the States and organizations that were Parties to the Convention on 27 February 2001.“

and renumber the remaining paragraphs accordingly.

- (c) At the end of Article 17, insert a new paragraph reading:

„7. Any State or organization that ratifies, accepts or approves this Convention shall be deemed simultaneously to ratify, accept or approve the amendment to the Convention set out in decision II/14 taken at the second meeting of the Parties.“

1. À la fin de l'alinéa x) de l'article premier, après le «morales», ajouter:

«et, conformément à la législation ou pratique nationale, les associations, organisations ou groupes constitués par celles-ci».

2. À l'article 17, après le paragraphe 2, insérer le paragraphe suivant

«3. Tout autre État non visé au paragraphe 2 ci-dessus qui est Membre de l'Organisation des Nations Unies peut adhérer à la Convention avec l'accord de la Réunion des Parties. Tant que ce paragraphe ne sera pas entré en vigueur pour tous les États et organisations qui, au 27 février 2001, étaient Parties à la présente Convention, la Réunion des Parties n'examinera aucune demande d'adhésion d'un tel État.»

et renuméroter les paragraphes restants.

3. À la fin de l'article 17, insérer le paragraphe suivant:

«7. Tout État qui ratifie, accepte ou approuve la présente Convention est réputé ratifier, accepter ou approuver simultanément l'amendement à la Convention énoncé dans la décision II/14 adoptée à la deuxième réunion des Parties.»

- a) Am Ende des Artikels 1 Ziffer x wird nach dem Wort „Personen“ folgender Wortlaut angefügt:

„und, in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder der innerstaatlichen Praxis, deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen“.

- b) In Artikel 17 wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

„(3) Jeder nicht in Absatz 2 genannte Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann dem Übereinkommen mit Genehmigung der Tagung der Vertragsparteien beitreten. Die Tagung der Vertragsparteien prüft oder genehmigt kein Beitrittsersuchen eines solchen Staates, solange dieser Absatz nicht für alle Staaten und Organisationen, die am 27. Februar 2001 Vertragsparteien des Übereinkommens waren, in Kraft getreten ist.“

Die übrigen Absätze werden neu nummeriert.

- c) Am Ende des Artikels 17 wird folgender neuer Absatz angefügt:

„(7) Von jedem Staat oder jeder Organisation, der/die dieses Übereinkommen ratifiziert, annimmt oder genehmigt, wird angenommen, dass er/sie gleichzeitig die Änderung des Übereinkommens, die in dem auf der zweiten Tagung der Vertragsparteien gefassten Beschluss II/14 enthalten ist, ratifiziert, annimmt oder genehmigt.“

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Übereinkommen der UN ECE (United Nations Economic Commission for Europe = Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa) über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen wurde nach langjährigen Verhandlungen am 25. Februar 1991 in Espoo/Finnland abgeschlossen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen am 26. Februar 1991 gezeichnet und gehört damit zu den ursprünglichen Zeichnerstaaten.

Das Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen ist gemäß seinem Artikel 18 Abs. 1 am 10. September 1997 in Kraft getreten. Bislang (Stichtag: 1. August 2001) haben 38 Vertragsparteien (37 UN ECE-Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft) das Übereinkommen ratifiziert.¹⁾ Die Ratifikation durch den letzten neben Deutschland noch verbleibenden EG-Mitgliedstaat, Irland, wird in Kürze abgeschlossen sein.

Ziel des Übereinkommens ist, dass vor der Zulassung von – näher bestimmten – Projekten, die voraussichtlich erhebliche, grenzüberschreitende nachteilige Umweltauswirkungen haben werden, der für die Zulassung des Projektes zuständige Staat eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchführt und dabei Behörden und Öffentlichkeit anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten beteiligt. Damit trägt das Übereinkommen dem Umstand Rechnung, dass die möglichen Umweltauswirkungen eines Projektes sich häufig nicht auf das Staatsgebiet des Ursprungsstaates dieses Projektes beschränken werden, sondern auch andere Staaten berühren können. Die grenzüberschreitende Beteiligung dient daher insbesondere der Transparenz der Entscheidungsprozesse und stärkt zugleich die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Nachbarstaaten in West- und Osteuropa. Zugleich wird damit der umweltrechtliche Vorsorgegedanke auf internationaler Ebene gefördert.

Die verpflichtenden Vorgaben des Übereinkommens entsprechen dem System der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung nach der EG-UVP-Richtlinie 85/337/EWG²⁾ in der Fassung der EG-UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG³⁾.

¹⁾ Die 38 Vertragsparteien des Übereinkommens sind (Stichtag: 1. August 2001):

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldawien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Zypern, Europäische Gemeinschaft

²⁾ Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. EG Nr. L 175 S. 40)

³⁾ Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. EG Nr. L 73 S. 5)

Artikel 7 der ursprünglichen EG-UVP-Richtlinie 85/337/EWG enthielt bereits Regelungen über die Durchführung grenzüberschreitender UVP-Verfahren und der Beteiligung ausländischer Behörden. Das 1990 erlassene deutsche Gesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (UVPG – BGBl. I S. 205) sowie weitere Vorschriften (u.a. Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – 9. BImSchV und Atomrechtliche Verfahrensverordnung – AtVfV) setzten die Bestimmungen der Richtlinie im Hinblick auf die Durchführung grenzüberschreitender UVP-Verfahren um.

Die Europäische Gemeinschaft hat – unter anderem infolge ihrer Ratifikation des Espoo-Übereinkommens im Jahre 1997 – die ursprüngliche EG-UVP-Richtlinie 85/337/EWG durch die EG-UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG geändert. Dabei wurden auch die Vorgaben des Espoo-Übereinkommens, z.B. die Einführung einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung, für das Gemeinschaftsrecht umgesetzt. Der bundesdeutsche Gesetzgeber hat die Bestimmungen der EG-UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG durch das Gesetz zur Umsetzung der EG-UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950) umgesetzt. Dabei wurden das UVPG, die 9. BImSchV, die AtVfV und zahlreiche weitere Gesetze und Verordnungen geändert. Bestandteil dieser Änderungen sind unter anderem neben der Umsetzung des geänderten Artikels 7 der EG-UVP-Richtlinie 85/337/EWG in der Fassung der EG-UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG auch weitere Anpassungen des deutschen Rechts an die Vorgaben des Espoo-Übereinkommens. Hierzu gehört vor allem die Einbeziehung von Nicht-EG-Mitgliedstaaten in die nationalen Vorschriften über grenzüberschreitende UVP-Verfahren.

Über das genannte, am 3. August 2001 in Kraft getretene Gesetz vom 27. Juli 2001 hinaus bedarf es keiner Änderung der Rechtslage in Deutschland, um die Anforderungen des Espoo-Übereinkommens zu erfüllen.

Die Bestimmungen des Übereinkommens werden seit längerem in der deutschen Vollzugspraxis berücksichtigt. Auf Grund der Ratifikation des Espoo-Übereinkommens durch die Europäische Gemeinschaft und den darauf basierenden Regelungen der EG-UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG fanden die Vorgaben des Espoo-Übereinkommens im Verhältnis zu anderen EG-Mitgliedstaaten bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz Anwendung. Über den Kreis der EG-Mitgliedstaaten hinaus regeln bestehende bilaterale Umweltabkommen mit der Republik Polen⁴⁾ und der Tschechischen Republik⁵⁾ unter anderem die vor-

⁴⁾ Abkommen vom 7. April 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes (BGBl. 1998 II S. 282), am 31. August 1998 in Kraft getreten (BGBl. 1998 II S. 2950)

läufige Anwendbarkeit des Espoo-Übereinkommens – im größtmöglichen Umfang und in Übereinstimmung mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht – und die Durchführung grenzüberschreitender UVP-Verfahren im gegenseitigen Verhältnis. Damit wurde auch der Protokollerklärung aller Zeichnerstaaten bei Abschluss des Übereinkommens am 25. Februar 1991 Rechnung getragen, wonach dem Übereinkommen bereits vor der Ratifikation in größtmöglichem Umfang in der Praxis nachgekommen werden soll.

Zur Ergänzung und Konkretisierung der Regelungen des Espoo-Übereinkommens sowie des Europäischen Gemeinschaftsrechts im praktischen Vollzug existieren zahlreiche Bestrebungen, zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen mit Nachbarstaaten abzuschließen. Seit dem Jahre 1993 verhandeln Deutschland und die Republik Polen über eine UVP-Vereinbarung, die das bilaterale Umweltabkommen ergänzen soll. Im Jahre 1996 wurde beschlossen, nachfolgend eine vergleichbare Vereinbarung zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik abzuschließen. Beides kann Bedeutung im Rahmen des EG-Erweiterungsprozesses erlangen.

Empfehlungen über den Austausch von Informationen und die Beteiligung von Nachbarstaaten bei grenznahen Projekten bestehen bereits in vielen Bereichen. Beispielsweise zu nennen sind die Empfehlungen zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz⁶⁾ sowie zwischen dem Saarland, Lothringen, Luxemburg und Rheinland-Pfalz⁷⁾.

Seit kurzem werden zwischen dem Königreich der Niederlande und den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen unter Beteiligung des Bundes Gespräche über die Festlegung zentraler Grundsätze über die Durchführung grenzüberschreitender UVP-Verfahren zur Fixierung der positiven Praxiserfahrungen geführt.

Auch im Verhältnis zu anderen Nachbarstaaten (Österreich, Schweiz und Liechtenstein sowie Dänemark) besteht bei den Beteiligten eine grundsätzliche Bereitschaft, Beratungen über entsprechende Absprachen einzuleiten.

Daneben vergrößert sich bei den beteiligten Behörden der Staaten durch die steigende Zahl praktischer Fälle der Erkenntnisstand über Vollzugsprobleme, beispielsweise auch bei grenzüberschreitenden Projekten, die über das Staatsgebiet eines Staates hinaus durchgeführt werden.

Die aktive Teilnahme Deutschlands an dem internationalen System des Übereinkommens ist erforderlich, um über die EG hinaus die Anwendung des Übereinkommens in Deutschland auch als Vertragspartei zu dokumentieren und die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte auf internationaler Ebene sachgerecht wahrnehmen zu können. Da Deutschland bislang nicht Vertragspartei ist, kann es bei den Aktivitäten im Rahmen des Espoo-Übereinkommens bislang nur eine Beobachter-Rolle wahrnehmen. Eine baldige Stellung Deutschlands als Vertragspartei ist auch deshalb geboten, um aktiv Einfluss auf

aktuelle Entwicklungen und Entscheidungsprozesse auf UN ECE-Ebene nehmen zu können. Dabei sind vor allem die von der zweiten Vertragsstaatenkonferenz in Sofia am 26./27. Februar 2001 beschlossenen Beratungen über Änderungen zur Fortentwicklung des Übereinkommens sowie die laufenden Verhandlungen über ein Zusatzprotokoll zur Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung zu nennen.

Auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz in Sofia wurden zudem am 27. Februar 2001 zwei Änderungen des Übereinkommens beschlossen (Beschluss II/14). Die erste Änderung passt die Definition der Öffentlichkeit an die entsprechende Bestimmung des am 25. Juni 1998 in Aarhus/Dänemark abgeschlossenen UN ECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten an. Die zweite Änderung ermöglicht den Beitritt von Nicht-ECE-Staaten zu dem Übereinkommen. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Ratifikation des Übereinkommens selbst soll auch die Ratifikation dieser Änderungen vorgenommen werden.

II. Zu den einzelnen Vorschriften des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen)

Das Espoo-Übereinkommen besteht neben einer Präambel aus 20 Artikeln und 7 Anhängen. Bedeutsam sind vor allem die Bestimmungen der Artikel 2 bis 6.

Zur Präambel

Die Präambel des Übereinkommens hebt die Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und deren Umweltfolgen hervor, bekräftigt die Notwendigkeit, eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, und betont den Willen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Umweltverträglichkeitsprüfung insbesondere im grenzüberschreitenden Rahmen. Die Vertragsparteien erachten Vorsorgemaßnahmen und die Vermeidung, Verminderung und Überwachung von erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen im Allgemeinen und besonders im grenzüberschreitenden Rahmen für notwendig und wichtig. Die Vertragsparteien weisen auf die einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Erklärung der Stockholmer Konferenz über die Umwelt des Menschen, der KSZE-Schlussakte und der Schlussdokumente der Folgekonferenzen der KSZE-Staaten hin und anerkennen die laufenden Bemühungen der Staaten, durch innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften und innerstaatliche Maßnahmen die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen sicherzustellen. Sie erachten es als notwendig, Umweltfaktoren frühzeitig bei der Entscheidungsfindung dadurch zu berücksichtigen, dass auf allen geeigneten Verwaltungsebenen Umweltverträglichkeitsprüfungen zur Verbreiterung der Informationsgrundlage von Entscheidungsträgern erfolgen, damit umweltverträgliche Entscheidungen getroffen werden, durch welche erhebliche nachteilige Auswirkungen, insbesondere im grenzüberschreitenden Rahmen, minimiert werden. Die Vertragsparteien tragen insbesondere den Bemühungen internationaler Organisationen zur Förderung der Umweltverträglichkeitsprüfung auf nationaler und internationaler Ebene, zahlreichen internationalen Vorarbeiten über Ziele und Grundsätze für die Umwelt-

⁶⁾ Abkommen vom 24. Oktober 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes (BGBl. 1998 II S. 2686), am 2. Januar 1999 in Kraft getreten (BGBl. 1999 II S. 182)

⁷⁾ Empfehlung der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Regierungskommission über die Zusammenarbeit bei umweltrelevanten Vorhaben am Oberrhein vom 13. März 1996

⁸⁾ Empfehlung der Saar-Lor-Lux-Regionalkommission an die Regierungskommission zur gegenseitigen Unterrichtung über Neu- und Änderungsvorhaben bei genehmigungsbedürftigen Anlagen (in Kraft seit dem 1. Juli 1986)

verträglichkeitsprüfung sowie der Ministererklärung von Bergen aus dem Jahre 1990 über umweltgerechte und dauerhafte Entwicklung Rechnung.

Zu Artikel 1 (Begriffsbestimmungen)

In Artikel 1 werden die im Übereinkommen verwendeten Begrifflichkeiten definiert. Hervorzuheben ist die Definition der „geplanten Tätigkeit“, der auch größere Änderungen unterfallen. Die Definitionen des Artikels 1 werden – soweit erforderlich – durch das deutsche UVP-Recht in Verbindung mit den fachgesetzlichen Zulassungsvorschriften ausgefüllt.

Zu Artikel 2 (Allgemeine Bestimmungen)

Artikel 2 enthält die grundsätzlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien betreffend die Durchführung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Absatz 1 verpflichtet in allgemeiner Form, Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung erheblicher nachteiliger grenzüberschreitender Umweltauswirkungen einer geplanten Tätigkeit zu ergreifen.

Dies konkretisiert Absatz 2: Die Parteien werden verpflichtet, Maßnahmen zur nationalen Umsetzung des Übereinkommens zu ergreifen. Schwerpunkt der Umsetzung ist bei Tätigkeiten nach Anhang I mit voraussichtlich erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, einschließlich der Erarbeitung einer UVP-Dokumentation und der Beteiligung der Öffentlichkeit.

In zeitlicher Hinsicht bestimmt Absatz 3, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung vor der Entscheidung über die geplante Tätigkeit, welche voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen hat, durchzuführen ist.

Absatz 4 enthält die Verpflichtung des Ursprungsstaates, einen anderen betroffenen Staat über die geplante Tätigkeit zu unterrichten.

Auf nicht in Anhang I des Übereinkommens aufgeführte Tätigkeiten, von denen jedoch erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen ausgehen können, findet das Übereinkommen gemäß Absatz 5 Anwendung, wenn sich zwei Staaten darauf verständigen; Anhang III enthält Kriterien für die Prüfung, ob ein solches Vorhaben erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben kann.

Absatz 6 enthält die Verpflichtung, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit in den voraussichtlich betroffenen Gebieten des Nachbarstaates mit den Beteiligungsrechten der Bevölkerung im Ursprungsstaat gleichzustellen.

Absatz 7 verpflichtet die Parteien des Übereinkommens zur Durchführung solcher Umweltverträglichkeitsprüfungen für Tätigkeiten und damit auf Projektebene; daneben werden die Parteien aufgerufen, die grundlegenden Regelungen des Übereinkommens auf freiwilliger Basis auch auf Politiken, Pläne und Programme anzuwenden.

Gemäß Absatz 8 bleiben nationale Ausnahmen zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie der nationalen Sicherheit unberührt.

Absatz 9 stellt klar, dass das Übereinkommen einen Mindeststandard darstellt, dem strengere nationale bzw. bi- oder multilaterale Regelungen nicht entgegenstehen.

Durch Absatz 10 bleiben andere völkerrechtliche Verpflichtungen der Parteien unberührt.

Zu Artikel 3 (Benachrichtigung)

Artikel 3 regelt detailliert das Verfahren der Benachrichtigung anderer Staaten durch den Ursprungsstaat.

Absatz 1 bestimmt, dass der Ursprungsstaat bei einer Tätigkeit des Anhangs I mit voraussichtlich erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Auswirkungen auf andere Staaten, diese Staaten so bald wie möglich über die Tätigkeit benachrichtigt. Diese Benachrichtigung muss spätestens zu dem Zeitpunkt erfolgen, an dem die eigene Öffentlichkeit des Ursprungsstaates über die Tätigkeit unterrichtet wird.

Absatz 2 enthält Mindestinformationen, die einem möglicherweise betroffenen Staat übermittelt werden sollen.

Absatz 3 sieht vor, dass die betroffene Partei innerhalb einer angemessenen, vom Ursprungsstaat festgelegten Frist mitteilt, ob sie sich am Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligen will.

Im Fall, dass die betroffene Partei mitteilt, sich nicht am Verfahren beteiligen zu wollen, oder sich nicht innerhalb der von der Ursprungspartei festgelegten, angemessenen Frist äußert, bedarf es nach Absatz 4 keiner weiteren Durchführung eines grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens.

Sofern die betroffene Partei mitteilt, sich am Verfahren beteiligen zu wollen, hat die Ursprungspartei – falls noch nicht mit der Benachrichtigung erfolgt – gemäß Absatz 5 umfangreichere Unterlagen über das UVP-Verfahren und die Tätigkeit zu übermitteln.

Nach Absatz 6 kann die Ursprungspartei die betroffene Partei um nähere Informationen über die möglicherweise betroffene Umwelt im Staatsgebiet der betroffenen Partei ersuchen, die für die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung bedeutsam sein können.

Absatz 7 regelt den Fall, dass nach der Prognose der zuständigen Behörde des Ursprungsstaates keine erheblichen nachteiligen grenzüberschreitenden Auswirkungen durch eine Tätigkeit zu erwarten sind, weshalb eine Benachrichtigung des anderen Staates unterblieben ist. In diesem Fall kann der andere Staat von sich aus um eine Beteiligung ersuchen. Sofern sich beide Staaten nicht auf die Anwendung des Übereinkommens einigen sollten, kann jede Partei zur Konfliktlösung eine Prüfung des Falls durch eine Untersuchungskommission gemäß Anhang IV des Übereinkommens einleiten.

Gemäß Absatz 8 ist entsprechend Artikel 4 Abs. 2 sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit in den voraussichtlich betroffenen Gebieten der betroffenen Partei über die Tätigkeit informiert wird und gegenüber der für die Zulassung der Tätigkeit zuständigen Behörde des Ursprungsstaates Einwände bzw. Stellungnahmen abgeben kann.

Zu Artikel 4 (Ausarbeitung der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung)

Absatz 1 konkretisiert in Verbindung mit Anhang II den Mindestinhalt der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Diese Dokumentation ist gemäß Absatz 2 der betroffenen Partei zu übermitteln. Weiter ist zu gewährleisten,

dass Behörden und Öffentlichkeit der betroffenen Partei Zugang zur UVP-Dokumentation haben und innerhalb einer angemessenen Frist gegenüber der zuständigen Behörde der Ursprungspartei Stellungnahmen abgeben können.

Zu Artikel 5 (Konsultationen auf Grundlage der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung)

Artikel 5 sieht vor, dass die jeweils betroffenen Parteien auf der Grundlage der UVP-Dokumentation Konsultationen führen. Der Inhalt dieser Beratungen ist nicht zwingend vorgeschrieben, betrifft aber im Wesentlichen die möglichen, grenzüberschreitenden Auswirkungen des Projektes und Maßnahmen zu deren Verringerung oder Beseitigung. Die Konsultationen müssen in einem angemessenen zeitlichen Rahmen erfolgen. Bestehende gemeinsame Gremien zwischen den betroffenen Parteien können für die Beratungen genutzt werden.

Zu Artikel 6 (Endgültige Entscheidung)

Nach Absatz 1 müssen die Vertragsparteien sicherstellen, dass das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung bei der endgültigen Entscheidung über die Zulassung einer geplanten Tätigkeit angemessen berücksichtigt wird. Dabei sind neben der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend die Stellungnahmen und Ergebnisse der grenzüberschreitenden Beteiligungs- und Konsultationsverfahren gemäß Artikel 3 Abs. 8, Artikel 4 Abs. 2 und Artikel 5 einzubeziehen.

Gemäß Absatz 2 ist die endgültige Entscheidung über die Zulassung der Tätigkeit, einschließlich der tragenden Gründe und Erwägungen, der am Verfahren beteiligten Partei zu übermitteln.

Absatz 3 regelt für den Sonderfall, dass entscheidungsrelevante Informationen erst nach der Entscheidung über die Zulassung, aber vor der Durchführung der Tätigkeit vorliegen, dass Informationen ausgetauscht werden und Beratungen stattfinden können.

Zu Artikel 7 (Analyse nach Durchführung des Vorhabens)

Nach Artikel 7 besteht die Möglichkeit, dass sich die in einem Verfahren beteiligten Parteien darauf einigen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang nach Realisierung des geplanten Projektes eine Nachkontrolle erfolgen soll. Diese Kontrolle ist auf die Projektrealisierung und die Feststellung etwaiger grenzüberschreitender nachteiliger Umweltauswirkungen gerichtet. Anhang V enthält mögliche Ziele dieser Nachkontrolle gemäß Artikel 7. In Deutschland unterliegt die Einhaltung der Bestimmungen von erteilten Genehmigungen und die Durchführung von Überprüfungen bereits der allgemeinen behördlichen Vollzugsaufsicht.

Zu Artikel 8 (Zweiseitige und mehrseitige Zusammenarbeit)

Nach Artikel 8 können sich die Vertragsparteien zur Ergänzung des Übereinkommens auf bereits bestehende zwei- oder mehrseitige Übereinkommen oder sonstige Vereinbarungen stützen oder solche Vereinbarungen neu abschließen. Hierbei können die Bestimmungen des Anhangs VI Berücksichtigung finden.

Zu Artikel 9 (Forschungsprogramme)

Artikel 9 regt die Vertragsparteien zur Durchführung von Forschungsprogrammen an, welche unter anderem der Zielsetzung dienen, fachliche Methoden für die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen von Tätigkeiten sowie für die Verminderung bzw. Vermeidung solcher Auswirkungen zu optimieren. Über die Forschungsergebnisse sollen sich die Vertragsparteien austauschen.

Zu Artikel 10 (Status der Anhänge)

Artikel 10 legt fest, dass die Anhänge Teil des Übereinkommens sind.

Zu Artikel 11 (Tagung der Vertragsparteien)

Artikel 11 bestimmt Einzelheiten und Aufgaben der Vertragsstaatenkonferenz.

Zu Artikel 12 (Stimmrecht)

Artikel 12 konkretisiert das Stimmrecht der Vertragsparteien.

Zu Artikel 13 (Sekretariat)

Artikel 13 regelt die Aufgaben des zuständigen ECE-Sekretariats.

Zu Artikel 14 (Änderungen des Übereinkommens)

Artikel 14 enthält Regelungen über Vorschlagsrecht und Beschlussfassung zu Änderungen des Übereinkommens. Zu jedem Änderungsvorschlag ist grundsätzlich Konsens anzustreben, wobei für eine Annahme von Änderungen mindestens eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist. Angenommene Änderungen werden nur für diejenigen Vertragsparteien verbindlich, die diese Änderungen in der Folge auch ratifizieren.

Zu Artikel 15 (Beilegung von Streitigkeiten)

Gemäß Artikel 15 sollen Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des Übereinkommens grundsätzlich im Verhandlungswege gelöst werden. Sofern dies nicht gelingt, ist die Möglichkeit eines Streitverfahrens vor dem Internationalen Gerichtshof oder die Unterwerfung unter ein Schiedsverfahren nach den Vorgaben des Anhangs VII eröffnet.

Zu Artikel 16 (Unterzeichnung)

Artikel 16 bestimmt Einzelheiten der Zeichnung des Übereinkommens.

Zu Artikel 17 (Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt)

Artikel 17 regelt Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt. Vertragspartei können danach die Mitgliedsstaaten der UN ECE sowie Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration dieser Länder werden.

Zu Artikel 18 (Inkrafttreten)

Artikel 18 bestimmt, dass das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der sechzehnten Ratifikationsurkunde in Kraft tritt. Gemäß dieser Vorgabe ist das Übereinkommen am 10. September 1997 in Kraft getreten. Staaten, die das Übereinkommen erst nach dessen Inkrafttreten ratifizie-

ren, werden am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde Vertragspartei.

Zu Artikel 19 (Rücktritt)

Jede Vertragspartei hat gemäß Artikel 19 das Recht, jederzeit nach Ablauf von vier Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen für sie in Kraft getreten ist, von dem Übereinkommen zurückzutreten.

Zu Artikel 20 (Verbindlicher Wortlaut)

Nach Artikel 20 sind die englische, französische und russische Sprachfassung des Übereinkommens gleichermaßen verbindlich.

Zu Anhang I (Liste der Tätigkeiten)

Anhang I enthält die Liste der Vorhaben, bei denen stets zu prüfen ist, ob sie erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben können. Für die dort aufgeführten, größeren Vorhaben ist nach dem deutschen Recht stets eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Zu Anhang II (Inhalt der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung)

Anhang II legt die Mindestangaben für die Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung fest. Diese Angaben entsprechen – soweit Anhang II verbindlich ist – den nach deutschem Recht vorzulegenden Unterlagen.

Zu Anhang III (Allgemeine Kriterien als Anhaltspunkte für die Feststellung der Umweltbelastung durch nicht in Anhang I aufgeführte Tätigkeiten)

Anhang III empfiehlt ohne Verbindlichkeit Kriterien für die Prüfung gemäß Artikel 2 Abs. 5, ob nicht in Anhang I enthaltene Tätigkeiten vergleichbare erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben können.

Zu Anhang IV (Untersuchungsverfahren)

Sofern sich die Vertragsparteien nicht darüber einigen können, ob voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen durch ein Vorhaben zu erwarten sind, kann diese Frage nach Artikel 3 Abs. 7 Satz 3 von einer Untersuchungskommission begutachtet werden. Anhang IV regelt die Einzelheiten dieses Untersuchungsverfahrens.

Zu Anhang V (Analyse nach Durchführung des Vorhabens)

Anhang V enthält eine unverbindliche Empfehlung, welche Ziele bei einer Nachkontrolle gemäß Artikel 7 Berücksichtigung finden können.

Zu Anhang VI (Grundlagen für die zweiseitige und mehrseitige Zusammenarbeit)

Entsprechend der Vorgabe von Artikel 8 empfiehlt Anhang VI unverbindlich mögliche Regelungsbereiche für

zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen zur Ergänzung der Regelungen des Übereinkommens.

Zu Anhang VII (Schiedsverfahren)

Anhang VII regelt die Einzelheiten des gemäß Artikel 15 möglichen Schiedsverfahrens.

III. Zu den einzelnen Vorschriften der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia (Bulgarien) am 27. Februar 2001 beschlossenen Änderung des Übereinkommens (Beschluss II/14)

Zur Präambel

Die Präambel der auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen Änderungen des Übereinkommens hebt hervor, dass die Ergänzung der Definition des Begriffs der Öffentlichkeit vor allem der Klarstellung dient, dass er auch Nichtregierungsorganisationen umfasst. Unter Bezugnahme auf die Ministererklärung der ersten Vertragsstaatenkonferenz in Oslo soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch Nicht-UN ECE-Staaten Vertragsparteien des Übereinkommens werden können.

Zur Änderung von Artikel 1

Die Ergänzung der Definition der Öffentlichkeit im Sinne des Übereinkommens übernimmt die Formulierung von Artikel 2 Abs. 4 des UN ECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten vom 25. Juni 1998 (Aarhus-Übereinkommen). Die Ergänzung stellt klar, dass nach nationalem Recht anerkannte Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen – beispielsweise anerkannte Vereine im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes – Teil der nach dem Übereinkommen zu beteiligenden Öffentlichkeit sind.

Zur Änderung von Artikel 17

Die Änderungen von Artikel 17 dienen der Umsetzung des Auftrags von Absatz 13 der Ministererklärung der ersten Vertragsstaatenkonferenz in Oslo (18. bis 20. Mai 1998), wonach die Parteien prüfen sollen, ob Nicht-UN ECE-Staaten die Möglichkeit der Teilnahme am System des Übereinkommens eingeräumt werden soll. Der neue Absatz 3 schafft diese Möglichkeit. Voraussetzung für den Beitritt eines solchen Staates ist ein Beschluss der Vertragsstaatenkonferenz. Ein solcher Beschluss ist jedoch erst zulässig, wenn diese Änderung von allen Staaten, die am Stichtag des 27. Februar 2001 den Status einer Vertragspartei besaßen, ratifiziert worden ist.

Der neue Absatz 7 regelt für die Zukunft, dass nach Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens durch Beschluss II/14 ein Staat, der Vertragspartei werden will, nur Vertragspartei des so abgeänderten Übereinkommens werden kann.

01.02.02

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen sowie zu der auf der zweiten Konferenz der Parteien in Sofia am 27. Februar 2001 beschlossenen Änderung des Übereinkommens (Espoo-Vertragsgesetz)

Der Bundesrat hat in seiner 772. Sitzung am 1. Februar 2002 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.